



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

VIRTUELLE WELTEN

■ ANALYSE		
Internetnutzung und Internetsicherheit in Russland		2
Keir Giles, London		
■ ANALYSE		
@Russia.com: Online- und Offline-Protest		5
Maxine David, Guildford		
Lesetipps zum Thema Internet und soziale Medien in Russland		9
■ UMFRAGE		
Internet und soziale Netzwerke in Russland		10
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Über soziale Netzwerke und russische Politik		16
■ PRESSESTIMMEN		
Die deutschen Bundestagswahlen in der russischen Presse		17
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
20 Jahre danach – Bürgerkrieg in Moskau		20
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
Vom 26. September bis zum 10. Oktober 2013		24



Internetnutzung und Internetsicherheit in Russland

Keir Giles, London

Zusammenfassung

Die intensive Nutzung der sozialen Medien durch eine wachsende Population von Internetnutzern löst bei den Sicherheitsstrukturen Russlands heftigen Sorgen aus. Das vollzieht sich im Nachhall zum arabischen Frühling, bei dem in einigen Fällen ein Regimewechsel durch den Einsatz sozialer Medien befördert wurde. Gleichzeitig sind sowohl die Auswirkungen des Online-Engagements als auch das Ausmaß der Maßnahmen, mit denen Regierung dieses abzufedern versucht, überzeichnet worden. Die Meinungen zum Wesen und der Rolle der Internetsicherheit, ja selbst dazu, wie sie zu benennen ist, variieren innerhalb der Führung Russlands beträchtlich. Die Veröffentlichung der angekündigten Strategie zur Internetsicherheit könnte etwas Klarheit schaffen.

Internetnutzung in Russland

Die Maxime, dass alles, was man über Russland liest, wahr ist und gleichzeitig nicht stimmt, lässt sich auf Russlands Haltung zum Cyber-Raum ganz wie auf andere, traditionellere Bereiche anwenden. Widersprüche treten nicht nur zwischen ordnungspolitischen Vorstellungen zur Internetsicherheit und der tatsächlichen Praxis zutage, sondern auch zwischen den verschiedenen Ordnungspolitiken selbst.

Die in mancherorts bestehende Wahrnehmung von drakonischer Zensur und grober Regulierung muss im Kontext der relativen Liberalität des Internet gesehen werden, die auf andere Medien ausstrahlt. Andererseits muss die Wahrnehmung des Internet als gefährliches, die Russen aktivierendes Instrument berücksichtigen, dass viele Nutzer vor allem an sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen des Internet interessiert sind.

Die Nutzung des Internet boomt weiter. Eine solide Mehrheit der Bürger Russlands sind jetzt Internetnutzer, und die Nutzung breitet sich schnell über den ursprünglichen Kern junger Städte hinweg auf andere demographische Gruppen aus. Die Nutzung der sozialen Medien ist – bei ihrer Relevanz für Fragen der russischen Staatsicherheit – intensiv: Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2012 sind 82% der Internetnutzer in den sozialen Medien aktiv, einer anderen Umfrage zu Folge ist unter den 18- bis 24-jährigen die Nutzung der sozialen Medien »beinahe universell«. Vielzitierte Zahlen von 2011 lassen Russland bei der für soziales Networking online verbrachten Zeit hinter Israel auf dem zweiten Platz rangieren.

Die frühere Wahrnehmung, dass Online-Medien weit weniger Bedeutung haben als Fernsehen und Presse ist nicht mehr zutreffend. Nach einer Zeit relativer Vernachlässigung haben führende Unternehmer (unter anderem solche mit engen Verbindungen zur derzeitigen Führung) in den letzten Jahren Kontrollpakete bei wichtigen russischen Internetressourcen erworben. Daneben haben Fernsehverantwortliche angedeutet, dass die

jüngste erhöhte Flexibilität und die Bereitschaft, kontroverse Themen zu senden, einen Versuch darstellt, den Abwanderungstrend jüngerer Russen vom Fernsehen hin zum Internet zu bremsen.

Das Internet als Bedrohung

Wie in anderen Staaten auch nehmen die meisten Russen die Auswirkungen des Internet eher in wirtschaftlichen und sozialen Kategorien wahr, denn als Mittel zur politischen Aktivierung. Die intensive Aufmerksamkeit für die Rolle des Internet bei der Unterstützung der Proteste gegen die Wahlergebnisse von 2011/2012 verhüllte zwei wichtige Faktoren. Zum einen liegen in fast allen Fällen, bei denen das Internet zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung eingesetzt wird (selbst bei intensiv publiziertem Graswurzel-Engagement), die wichtigsten Vorteile eher in einer Verbesserung stark themengebundener und lokaler Situationen, als in irgendeiner Herausforderung an die Obrigkeit. Zweitens verleiht das Internet allen möglichen Richtungen eine Stimme, nicht nur den Aktivisten für liberale Demokratie. Trotzdem sind einige Teile der Regierung zuriefst besorgt. Neben den häufigen, sich alarmiert zeigenden Verlautbarungen, dass Materialien online platziert werden, die in jedem anderen Land illegal wären, gibt es eine Reihe von Kommentaren der Russischen Sicherheitsbehörden, in denen die sozialen Medien als eine Bedrohung für die ganze Gesellschaft betrachtet werden.

Die Sprache, mit der das Problem der sozialen Medien beschrieben wird, ist oft gefühlsgeladen. Laut Aussagen von Leonid Reschetnikow, dem Direktor des Russischen Instituts für Strategische Studien (RISI), und eines ehemaligen stellvertretenden Direktors des Auslandsgeheimdienstes SWR »findet [durch soziale Medien] eine bewusste und unbewusste Zerstörung aller traditionellen Lebensweisen statt.«

Wie es Generalmajor Alexej Moschkow vom Innenministerium Ende 2011 ausdrückte, »bringen soziale

Netzwerke neben Vorteilen oft auch eine potentielle Gefahr für die Grundlagen der Gesellschaft mit sich«. Natürlich werden ausländische Kräfte am Werk gesehen, beispielsweise Anfang 2012 in einem Kommentar des Ersten stellvertretenden Direktors des FSB: »Von den westlichen Geheimdiensten werden neue Methoden eingesetzt, die fortgesetzte gesellschaftliche Spannungen erzeugen und aufrechterhalten sollen, und hinter denen ernstzunehmende Absichten stecken, die bis hin zum Regimewechsel reichen.«

Diese Alarmiertheit, die die Sicherheitsdienste äußern, ist keine neue Sorge, die erst mit dem Aufstieg der sozialen Medien Einzug gehalten hätte; sie ist seit den ersten Debatten zu dieser Frage Mitte der 1990er Jahre, als der FSB das gesamte Internet als Bedrohung für die Nationale Sicherheit Russlands betrachtete, ein beharrliches Narrativ gewesen. Seitdem ist es ein stetes Argument gewesen, dass eine russische Verbindung zum »weltweiten Informationsraum [...] ohne eine umfassende Lösung der Probleme bei der Informationssicherheit unmöglich ist«.

Die Einschätzung, dass die politischen Veränderungen in Nordafrika während des arabischen Frühlings das Ergebnis eines Informationskrieges und einer Cyber-Verschwörung des Westen waren, die nun gegen Russland gerichtet werden, nährten zusätzlich den Verdacht eines konzertierten ausländischen Vorgehens während der Proteste gegen die Wahlen. Und es wurde dann mit einer Analyse der Rolle sozialer Medien beim Bürgerkrieg in Libyen begründet. Diese hatte ergeben, dass soziale Medien nicht nur für Spionage, Umsturzversuche und Umgehung von Kommunikationsbeschränkungen eingesetzt werden könnten, wie es die Geheimdienste in Russland annahmen, sondern auch für andere Instrumente zum Regimewechsel, bis hin zur Bereitstellung von Zielinformationen für Luftangriffe. Eine Einschätzung der russischen Sorgen über einen »Missbrauch« sozialer Medien muss den Kontext dieser Wahrnehmung einer existentiellen Bedrohung berücksichtigen.

Antworten der Sicherheitsbehörden

Die wichtigsten Tendenzen, die in der russischen Netzpolitik auf nationaler wie internationaler Ebene erkennbar sind, sind mit Versuchen zur Eindämmung dieser empfundenen Bedrohung verbunden.

Im Lande selbst hat eine Anzahl weitgehend kurzlebiger Initiativen wie der »Ring patriotischer Ressourcen« und die »Schule der Blogger und Patrioten« jüngst den Weg zu zielgerichteten Investitionen bereitet, mit denen soziale Medien und sowohl automatisierte wie auch menschliche Beeinflussung von Inhalten analysiert werden sollen. Darüber hinaus planen einige staatsnahe Medien eine erhebliche Expansion ins Online-Geschäft,

wobei sie mit beeindruckenden Gehaltsangeboten journalistische Talente von bestehenden Anbietern abzuwerben versuchen. Der Erwerb von Schlüsselanteilen bei großen Websites durch die oben erwähnten kremelfreundlichen Unternehmen gibt der Regierung potentiell Einflussmöglichkeiten über deren Inhalt an die Hand.

Es gibt eine Reihe von Gesetzen, die die Nutzung des Internet regulieren. Sowohl das Gesetz zum Schutz von geistigem Eigentum im Internet von 2013, als auch die »Schwarze Liste« von 2012, durch die ein »Allgemeines Register« von Websites geschaffen wurde, die wegen vermeintlicher Gefährdung von Minderjährigen gesperrt sind, wurden von Aktivisten und ausländischen Medien als staatliche Versuche dargestellt, eine Internetzensur nach wirtschaftlichen und moralischen Gesichtspunkten einzuführen, auch eine (potentielle) Zensur von Anbietern sozialer Medien. Die Furcht vor weitreichenden Befugnissen zur Entfernung anstößiger Inhalte aus dem Internet sind zwar nicht Fehl am Platze, erfolgten aber vielleicht zum falschen Zeitpunkt: Diese Möglichkeiten hatten der russischen Regierung bereits auf einer Anzahl rechtlicher und regulatorischer Wege zur Verfügung gestanden. Gemäß dem Föderalen Gesetz über die Polizei von 2011 können Internetdienstleister dazu angewiesen werden, eine Internetressource wegen des Verdachts abzuschalten, dass »Bedingungen geschaffen werden, die das Begehen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit begünstigen«, und zwar ohne, dass die Polizei dazu einen Gerichtsbeschluss einholen muss. Laut den russischen Vorschriften für Domännennamen »kann die registrierende Stelle die Zuweisung eines Domännennamens auf der Grundlage eines schriftlichen Beschlusses [eines hohen Sicherheitsbeamten] beenden«, ohne, dass eine juristische Aufsicht erforderlich wäre.

Ungeachtet aller Vorwürfe, dass das Allgemeine Register dazu eingesetzt werde, regierungskritische Ansichten zu zensieren oder zu unterdrücken, erfolgt die lauteste Kritik durch jene, die betonen, dass das ein stumpfes Instrument sei, dessen mangelhafte Umsetzung ernstliche unbeabsichtigte Konsequenzen hat, etwa die Sperrung von Youtube, weil eine Videoanleitung für ein Zombie-Make-Up als Werbung zur Selbstverstümmelung interpretiert wurde. In einem anderen Fall ist die Suchmaschine Yandex am 30. April 2013 für nahezu 30 Minuten nicht aufrufbar gewesen, weil sie aus Versehen in das Register aufgenommen worden war.

Diese Kritik ist oft an das Ministerium für Massenkommunikation und das Fernmeldewesen gerichtet, da es letztendlich die Aufsicht über das Register hat. Die Reaktionen des Ministeriums, längst nicht in der harten Linie, die von Russlandkritikern oft angenommen wird, bestanden darin, die Internetindustrie zu einer Selbstregulierung aufzurufen, wozu das Allgemeine Register

eines der Instrumente sei. Darüber hinaus sollte nicht dem Ministerium die Verantwortung angelastet werden, da es lediglich ein Föderales Gesetz und nicht etwa eigene Vorschriften umsetze.

Dieses Abwälzen von Verantwortung ist bezeichnend für eine Spaltung nicht nur unter den verschiedenen Behörden der Regierung und der Sicherheitsstrukturen, sondern sogar innerhalb einzelner Ministerien. Beamte aus verschiedenen Behörden und Gremien, etwa aus dem Außenministerium, dem Innenministerium, dem Kommunikationsministerium, dem FSB, dem Sicherheitsrat und der Präsidentschaftsadministration (wobei die beiden letzten sich durch ihre akademischen Ablerger, das Institut für Fragen der Internetsicherheit bzw. das Institut für strategische Studien, zu Wort melden) geben sich diametral widersprechende politische Statements zur Rolle des Internet ab, insbesondere zu den Grenzen der Meinungsfreiheit dort. Aus diesem und anderen Gründen warten Unternehmen in Russland gespannt auf die angekündigte Strategie zur Internetsicherheit, von der man sich erhofft, dass sie zumindest einige der umstrittensten Fragen klärt.

Die Strategie wird, und das ist ungewöhnlich und vielleicht einmalig bei Strategiepapieren in Russland, von etwas ausgearbeitet, das einer echten Gruppe mit vielen unterschiedlichen Stakeholdern zumindest nahekommt. Den Vorsitz hat ein Mitglied des Föderationsrates, zu der Gruppe gehören auch Vertreter der Industrie.

Auf internationaler Ebene, wirbt Russland weiterhin für seine Sicht eines globalen Abkommens über Grundsätze der Informationssicherheit.

Diese langwährende Kampagne erlebte Ende 2011 eine plötzliche Intensivierung der Anstrengungen, wobei sowohl ein Konventionsentwurf zur internationalen Informationssicherheit, als auch (gemeinsam mit China) ein Internationaler Verhaltenskodex zur Informationssicherheit bei den Vereinten Nationen eingebracht wurden.

Die in diesen Dokumenten enthaltenen Bestimmungen werfen zwei Fragen auf. Zum einen sind sie in einigen Schlüsselbereichen wie der Frage des »nationalen Informationsraums« (auch als Netzsoveränität bezeichnet), bei staatlichem Internetmanagement und -verwaltung sowie bei den Bedrohungen durch feindliche Inhalte und Codes nicht mit den westlichen Prinzipien kongruent. Andererseits reiben sie sich auch mit der täglichen Arbeit russischer kommerzieller Internetdienstleister und der für Domännennamen zuständigen Behörden, die tagtäglich daran arbeiten, einen freien und ungehinderten Informationsfluss über nationale Grenzen hinweg zu gewährleisten; aus dem einfachen Grund, dass das Internet im realen Leben heute so funktioniert – anders, als einige Teile der russischen Sicherheitseliten es funktionieren lassen wollen. Dennoch

muss das Ausmaß, in dem die russischen Initiativen international auf Unterstützung trifft, ernst genommen werden, nicht nur die der ähnlich gesinnten Nachbarn Russlands in der OVKS und der SOZ, sondern auch die einer Reihe anderer Staaten, die normalerweise nicht als große Internet-Akteure gelten, aber russische und chinesische Befürchtungen vor dem Destabilisierungspotential des Internet teilen.

Ein Beispiel: VK

Die Grenzen zwischen gut gemeinter Regulierung und offizieller Einmischung zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit sind manchmal unscharf. Bezeichnend ist der Fall von VK (ehemals »W Kontakte«), das bei den russischen sozialen Medien eine führende Position einnimmt, und dessen Geschäftsführer für seinen Widerstand gegen den Druck der Sicherheitsdienste bekannt ist. Die täglichen Besucherzahlen von VK liegen im gleichen Bereich, wie die Zuschauerzahlen des staatlichen Ersten Fernsehkanals.

Nach der Schließung von russischen File-Sharing-Websites als Reaktion auf Initiativen zum Schutz geistigen Eigentums war VK als wichtigster Ort zum Austausch schwarz kopierter Musik und Filme betrachtet worden. Nachdem im Juli 2013 das Gesetz gegen Internetpiraterie unterzeichnet wurde, startete VK eine forschende Löschkampagne, durch die seine Attraktivität als Forum zur freien Weitergabe urheberrechtlich geschützten Materials für viele Nutzer beendet wurde.

Da das neue Gesetz die Websitebesitzer für Urheberrechtsverletzungen verantwortlich hält, kann diese Maßnahme als direkte Antwort des Unternehmens zur Reduzierung der Haftbarkeit verstanden werden. Die Schnelligkeit und Gründlichkeit der Reaktion wurde auch als Reaktion auf den zunehmenden Druck auf Unternehmensgründer Pawel Durow interpretiert. Zu diesem Druck gehörte nicht nur ein Wechsel von Anteilseignern in seinem Unternehmen, sondern auch Ereignisse, die vordergründig nichts damit zu tun hatten, etwa die Stürmung der Geschäftsräume von VK durch die Polizei im April 2013, nachdem Durow beschuldigt worden war, einen Polizeioffizier mit einem Auto verletzt zu haben, das ihm angeblich nicht gehörte. Wie in früheren Zeiten bei den traditionellen Medien, könnte eine direkte Zensur des Internet überflüssig werden, wenn die Behörden über andere Möglichkeiten verfügen, um die Folgsamkeit zu erhöhen.

Schlussfolgerungen

Die während der Verfassung dieses Beitrags erfolgte Ankündigung, dass russische Sicherheitsstrukturen Schreibmaschinen kauften, um sich vor elektronischen Eingriffen zu schützen, ist im Grunde nichts Neues.

Trotz des Aufsehens in den Medien, wo die Ankündigung mit den Enthüllungen über die Fähigkeiten und den Aktionsradius von NSA und GCHQ in Verbindung gebracht wurde, spiegelt sie in Wirklichkeit eine hartnäckige und seit langem bestehende zugespitzte Wahrnehmung der Risiken wieder, die sich durch Online-Aktivitäten und die Tatsache ergeben, dass das Internet sowohl verwundbar macht, als auch Möglichkeiten schafft. Gleichwohl herrscht Verwirrung über die Vorstellungen zur Internetsicherheit innerhalb der Russischen Führung, zum Teil durch die Sicherheitsdienste, die in einer neuen Wirklichkeit alte Ansätze zur Informationssicherheit verfolgen. Die Dissonanz zwischen diesem Sicherheitsansatz und dem der Industrie und der gewöhnlichen Internetnutzer, die eine gänzlich andere Wahrnehmung des Internetaumes haben, findet in der unterschiedlichen Sprache seinen Ausdruck, mit der das Problem beschrieben wird.

Deutlich wird das durch eine fortgesetzte Konfrontation zwischen den alten Konzepten von »Informati-

onssicherheit«, der die Sicherheitsdienste und Teile des Außenministeriums anhängen, sowie von »Netzicherheit«, einem Begriff, der von Industrie, Nutzern und unter anderem Außenminister Lawrow verwendet wird. Darüber hinaus spiegelt sie sich deutlich in der Unfähigkeit des Russischen wieder, einige libertäre ausländische Begriffe auszudrücken, was zu uneleganten Lehnübersetzungen und barbarischen Direktentlehnungen wie »multistejkholderism« [etwa: »Multistakeholderismus«] führt.

Gleichzeitig ist die Art, in der die Online-Meinungsfreiheit in Russland kontrolliert wird, subtiler und nuancierter als eine Zensur mit harter Hand, wie sie im Ausland oft beschrieben wird. Und es wäre verfehlt zu behaupten, dass es das alleinige Ziel der jüngsten juristischen Initiativen sei, abweichende Meinungen zu unterdrücken. Bislang sind die meisten Internetnutzer in Bezug auf eine Einmischung in ihre Online-Aktivität unbesorgt.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor

Keir Giles ist Associate Fellow am Chatham House und Direktor des Forschungszentrums für Konfliktstudien.

ANALYSE

@Russia.com: Online- und Offline-Protest

Maxine David, Guildford

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag untersucht die Online-Demographie in Russland und deren Bedeutung für Offline-Protest und politische Reformen. Die Vorteile des Internet und der sozialen Medien für gesellschaftliche Bewegungen sind klar und unbestritten. Sie bieten eine Plattform zur Verbreitung von Informationen sowie zur Organisierung von Offline-Protesten. Die Verbindung von Online-Engagement und Offline-Engagement in Form von Straßenprotesten wirft die Frage auf, ob wir einen gesellschaftlichen Aufbruch erleben, der zu einem weitreichenden Wandel führt. Die Antwort des Staates erfolgte allerdings schnell, sie war repressiv und hat der Durchschnittsbevölkerung in Russland Angst eingeflößt. Die Agenda der Reformer wurde abgewürgt. Trotzdem könnte für Reformkräfte auch in Zukunft Online-Engagement das beste der zur Verfügung stehenden Instrumente sein.

Soziale Medien in der Krise 2011/12

In den Jahren seit dem sogenannten arabischen Frühling ist die Rolle der sozialen Medien für einen sozialen und politischen Wandel vielfach behandelt worden. Es ist auch nach der Wahrscheinlichkeit gefragt worden, dass Russland eine solche Transformation erfährt, was auf die weitreichende Enttäuschung im Westen über die politische Entwicklungsbahn des Landes hinweist.

Seit der Erklärung des damaligen Ministerpräsidenten Putin, dass er mit Präsident Medwedew in der kommenden Wahlperiode die Ämter tauschen werde, sind diese Fragen umso vordringlicher geworden. Der angekündigte Ämtertausch war der Katalysator für die wohlorganisierten und stark besuchten Straßenproteste, die im Dezember 2011 nach den Parlamentswahlen, im März nach den Präsidentschaftswahlen und am Vorabend

von Putins Re-Inauguration als Präsident im Mai 2012 stattfanden. Für die Organisation und Dynamisierung all dieser Proteste sind die Instrumente, die die sozialen Medien bieten, insbesondere Twitter und »VK« (»VK kontakte«; dt.: »Im Kontakt«), das sehr populäre Gegenstück zu Facebook, von zentraler Bedeutung gewesen. In welchem Maße können aber nun die sozialen Medien tatsächlich als Instrumente für einen Wandel wirksam werden, und wie weit ist deren Nutzung in der Gesellschaft des Landes vorgedrungen?

Dieser Artikel beschreibt, wie weit die sozialen Medien verfügbar sind und von der Protestbewegung in Russland genutzt werden. Insbesondere sollen hier demographische Daten betrachtet werden, um festzustellen, wie repräsentativ Online-Aktivitäten der Bevölkerung in Russland insgesamt sind. Eine solche Analyse ist erforderlich, um die Wahrscheinlichkeit eines langfristigen Wandels im politischen und sozialen Leben abschätzen zu können.

Theorien zum Online-Engagement

Der wichtigste Beitrag des Internet für soziale Bewegungen ist die Funktion als Informationsquelle, insbesondere bei Themen, die in den Mainstream-Medien weniger präsent sind. Zusätzlich bietet das Internet ein Forum, über das Protest organisiert und politische Ansichten dargestellt werden können. Das Kommunikations- und Mobilisierungspotential des Internet für soziale Bewegungen ist unbestritten. Ebenso oft angesprochen, wenn auch problematischer, ist das Potential des Internet zur Identitätsbildung, die wichtig ist, wenn der Protest fortgeführt werden und konsistent sein soll. Das Internet übernimmt jetzt eine ähnliche Funktion wie die Urbanisierungsprozesse früherer Zeiten, indem es vermeintlich nicht miteinander verbundene Gruppen an einem Ort zusammenbringt und ein Verständnis dafür befördert, in welchem Maße gemeinsame Situationen und Interessen bestehen. Das Potential des Internet hat allerdings seine Grenzen: Es ist keine effizientes Instrument zur Vertrauensbildung und Konfliktlösung – und das sind lebenswichtige Funktionen, wenn es Trennlinien zwischen Gruppen zu überwinden gilt.

Während das Internet oft als unregelt (und unregelt) gilt, stehen in Wirklichkeit verschiedene gesellschaftliche Gruppen – die Regierung, NGOs, Forscher und Privatunternehmen – in einem Wettbewerb um die verschiedenen Regeln und Normen, die vorherrschend sein werden. Russland ist gegenwärtig dabei, diesen Raum auszuhandeln, arbeitet aber mit einem hohen Niveau staatlicher Einmischung und in einem Kontext, in dem die Regierung ein großes Interesse daran hat, dass die »digitale Kluft« aufrechterhalten wird. Bei dem Kampf um die Ausgestaltung der herrschenden Regeln und die eigene beständige Online-Präsenz sind Finan-

zen eine wichtige Variable, da es oft die reicheren Organisationen sind, die das Online-Potential am effektivsten nutzen. Theoretische Argumente zur Bedeutung der Finanzen für einen effektiven Einsatz des Internet und der sozialen Medien werden auch hier durch die Situation in Russland gestützt: Es sind dort die relativ wohlhabenden urbanen Mittelschichten, die die Stimme des Online-(und des Offline-)Protests verkörpern und bis heute verkörpern. Ein Umstand, der von Putin und seinen Anhängern durchaus wahrgenommen wurde.

Wenn Online-Aktivität politischen und sozialen Wandel mit sich bringen soll, dann muss sie durch ein Offline-Engagement ergänzt werden, das die Gruppen persönlich zusammenbringt. Das scheint von den Aktivisten in Russland sehr wohl verstanden worden zu sein. Die Proteste in Moskau, St. Petersburg und darüber hinaus wurden weitgehend online organisiert und bekanntgemacht, hatten aber ihre größte Wirkung durch die Teilnehmerzahlen und ihre Nachhaltigkeit (zwischen Dezember 2011 und Mai 2012) erreicht. Dadurch wurden monatelang Bilder von enormen Teilnehmerzahlen – die in dieser Art nicht charakteristisch für Russland waren – über die ganze Welt verbreitet (oft über soziale Medien).

Der damalige Nachrichtenkorrespondent der BBC in Moskau Daniel Sandford bezeichnete die Proteste vom Dezember 2011 als »in vielerlei Art ein politisches Wiedererwachen« für Russland. Die tatsächliche Frage war jedoch, *wer* erwacht war und wie die Regierung damit umgehen würde. Dieses politische Wiedererwachen hatte nämlich seine Wurzeln in der Online-Welt der Blogs und Tweets von Regierungsgegnern – lange vor den Straßenprotesten vom Dezember 2011. Diese Gegner waren und sind jedoch nicht unbedingt repräsentativ für ganz Russland. Digitale Trennlinien bestehen zweifellos an den nationalen Grenzen, aber auch innerhalb Landes; und die beschränken sich nicht allein auf Unterschiede im Wohlstand. Demographische Daten zur Nutzung sozialer Medien zeigen auch andere Trennlinien, hinsichtlich derer bestimmte Teile der Gesellschaft »online« sind oder eben nicht. Diese Daten legen nahe, dass die Online-Welt geteilt ist und sich elitär gibt.

Online-Demographie

Die Existenz einer digitalen Kluft wird bereits durch einen flüchtigen Blick über die entsprechenden Daten sehr schnell deutlich. Die Zahlen zur Internetnutzung in Russland für Juni 2012 zeigen eine Verbreitung von 47,7%. Das ist im Vergleich zu europäischen Staaten wie Deutschland mit 83% Verbreitung und Polen mit 64,9% wenig. Insgesamt entfallen 13,1% der europäischen Internetnutzer auf Russland; das ist angesichts der Bevölkerungszahlen wenig beeindruckend. Es muss

jedoch daran erinnert werden, dass die Nutzung des Internet in Russland im 21. Jahrhundert ein exponentielles Wachstum erfahren hat. Im Jahr 2000 waren nur 2,1 % der Bevölkerung Internetnutzer, bis 2007 stieg dieser Wert auf 20,8 %, 2009 waren es 32,3 % und derzeit liegt er nahe der 50%-Marke.

Innerhalb dieser Zahlen bestehen große soziale Trennlinien. Die Daten für das Jahr 2011 zeigen, dass nur 20 % der »VK«-Nutzer Frauen sind, dass die übergroße Mehrheit der Nutzer dort zwischen 25 und 44 Jahren alt sind (rund 80 %), dass nur rund 11 % weniger als 25.000 US-Dollar verdienen und über 40 % einen Bildungsstand oberhalb der Mittelschule haben (bei 90 % mit Mittelschulbildung). Trennlinien durch Bildungsstand lassen sich überwinden: Es gibt viele Anzeichen, dass Organisationen als Bildungsorte für die Nutzung digitaler Medien fungieren können. Allerdings wird es ohne den politischen Willen des Staates keinen eindeutigen Weg geben, wie andere Faktoren überwunden werden können, durch die die Online-Aktivität nicht voll repräsentativ ist.

Weitere Beschränkungen für eine voll repräsentative Protestbewegung bestehen insoweit, als das Internet höchst nützlich sein kann, um jene zu mobilisieren, die an Politik und Engagement *bereits interessiert sind*, es aber wenig hilfreich ist, um andere Menschen für diesen Bereich *zu interessieren*. Das ist im Kontext eines Staates wie Russland, wo die Zivilgesellschaft am Anfang ihrer Entwicklung steht, von außerordentlicher Bedeutung. Aus all diesen Gründen ist es üblich, von einer »digitalen Kluft« zu sprechen, einer Trennlinie, die in der Gesellschaft in Russland ebenso vorhanden ist, wie anderswo.

Obleich diese Trennlinie nicht als unüberwindbar betrachtet werden kann, sind die Aussichten, dass diese Kluft in Russland überhaupt oder gar schnell geschlossen werden könnte, eher dürrig.

Ungeachtet des jüngsten Zuwachses, und auch mit Blick auf potentielle Abweichungen in den Statistiken, lässt sich doch mit Sicherheit sagen, dass gegenwärtig die Hälfte der Bevölkerung Russlands das Internet nicht nutzt. Angesichts des staatlichen Monopols über Presse und Fernsehen erzeugt der fehlende »Anschluss« so vieler gewöhnlicher Bürger riesige Probleme für jede Oppositionsbewegung, die weitreichende Unterstützung für politische Veränderungen wachrütteln, alternative Informationsquellen bieten oder Desinformation und Propaganda der Regierung entgegenwirken will. Selbst unter Berücksichtigung des Bevölkerungsanteils, der mit der Online-Welt verbunden *ist*, sind die Zahlen derjenigen, die sich auf das Internet als primäre oder sekundäre Nachrichtenquelle stützen, sehr gering. Das Fernsehen bleibt weiterhin die weitaus wichtigste Nachrichtenquelle. Laut Jahresbericht 2010–2011 des Lewada-Zentrums gaben 84 % der Befragten an, dass

für sie staatliche oder private Fernsehsender ihre primäre Nachrichtenquelle sind. Nur 6 % nannten als erstes das Internet. Bei der Frage nach der zweitwichtigsten Quelle steigt der Wert zwar auf 11 %, doch ist das immer noch reichlich wenig, wenn man dem den kombinierten Wert von 46 % für das staatliche oder private Fernsehen als zweiter Nachrichtenquelle gegenüberstellt.

Die digitale Kluft ist deshalb so bedeutsam, weil es der Regierung den Raum für das Argument gibt, die Oppositionsbewegung in Russland sei nicht repräsentativ für die Bevölkerung, weswegen es ihr an Legitimität fehle. Dieses Argument schafft die Möglichkeit für eine harsche Reaktion.

Die Proteste und die Antwort des Staates

Die Antwort des Staates auf die Straßenproteste erfolgte schnell und war repressiv. Der Staat versuchte, Protestierer von einer Mobilisierung abzuschrecken, indem er viele von ihnen festnahm, und dann juristisch gegen eine (bislang) kleine Zahl von Protestierenden vorging, und zwar in einer Art und Weise, die an die Schauprozesse der Sowjetzeit erinnert. Das jüngste Urteil und die anschließende Freilassung auf Kaution des Oppositionsführers Alexej Nawalnyj ist nur der prominenteste dieser Fälle. Zu den anderen bekannteren Personen, gegen die Verfahren eröffnet wurden, gehören Sergej Udaltow und Leonid Raswosschajew. Ein anderes Verfahren, das eher dazu bestimmt war, einfache Leute durch Angst ruhigzustellen, ist das um die Proteste auf dem Bolotnaja-Platz im Mai 2012, das im Juni 2013 gegen zwölf gewöhnliche Protestierer vor Gericht eröffnet wurde. Darüber hinaus hat die Duma Gesetze verabschiedet, die Proteste wirksam kriminalisieren.

Der Staat hat auch auf andere Methoden zurückgegriffen, die aus der Sowjetzeit bekannt sind; es wird eine eigene »Salamitaktik« eingesetzt, um die verschiedenen Bevölkerungsteile voneinander zu spalten sowie die Opposition zu isolieren und neutralisieren. Die letztgenannten Methoden scheinen bisher Aussichten auf realen Erfolg zu haben. Angesichts der digitalen Kluft und des Umstandes, dass die Proteste sich weitgehend auf Westrussland und die großen Städte dort beschränken, ist Putin in die Offensive gegangen. Er schreibt opponierende Stimmen einer undankbaren Mittelschicht zu, die angesichts ihres privilegierten Lebens, für das die fleißigen arbeitenden Bevölkerungsschichten und Regierung zu zahlen hätten, nun scheinheilig gegen die Politik dieser Regierung protestierten.

Die Antwort auf den Online-Protest war komplexer. Autoritäre Staaten haben sich bisher meist entschieden, das Eindringen externer Akteure in den eigenen Staat zu einzuschränken, unter anderem durch eine Sperrung des Internetzugangs zu bestimmten Schlüsselzeiten, um eine

Region zu »schließen« oder sogar das ganze Land von auswärtiger Kommunikation abzuschneiden. In bestimmten Staaten sind die Bürger jedoch stärker dieser Gefahr ausgesetzt, da der Staat hier in der Lage ist, bei ihren Online-Aktivitäten tatsächlich »den Stecker zu ziehen«. Der Schlüsselfaktor, auf den in diesem Zusammenhang am meisten verwiesen wird, ist die Anzahl der Internetanbieter und der Verbindungslinien zur Außenwelt. Eine weitaus wichtigere Überlegung für eine Analyse, inwieweit ein bestimmter Staat zu einer flächendeckenden Sperrung des Internet in der Lage ist, wäre jedoch, die Anzahl, Diversität und Sicherheit der physischen Verbindungswege zu betrachten. Russland steht bei beiden Aspekten als recht belastbar da, was die relativ ausgefeilten Strategien erklären könnte, mit denen der Staat bisher versucht hat, die Internetnutzung zu kontrollieren.

Statt heftiger Repression, wie sie im Nachbarstaat China eingesetzt wird, hat sich Russland für Methoden der »zweiten und dritten Generation« entschieden: Es setzt »rechtliche und technische Instrumente sowie nationale Informationskampagnen ein, um den Medienraum für sich zu gestalten sowie abweichende Meinungen und Opposition einzudämmen.« Letztere haben sich zu recht gewieften Taktiken ausgewachsen: Als Nawalnyj Anfang 2012 Opfer eines gefälschten Interviews mit »Voice of America« wurde, bei dem er mit abfälligen Bemerkungen über Oppositionsaktivisten zitiert wurde, kursierten schnell Spekulationen, dass es sich um einen vom Staat betriebene Fälschung handle, die der FSB in Werk gesetzt hat.

Das Internet kann also gleichermaßen für Oppositionsaktivisten wie auch für die amtierende Regierung ein effektives Instrument sein. Es geht aber nicht nur um das Internet; auch traditionellere Kommunikationsformen sind anfällig für Übergriffe. Open Democracy hat intensiv spekuliert, dass der FSB und andere kremlnahe Strukturen bei all jenen, die dem Kreml nicht wohlgesonnen sind, Telefongespräche registriert und Gespräche gesetzeswidrig aufgezeichnet haben. Tatsächlich gibt das System für operative Fahndungsmaßnahmen (SORM) einer Reihe von Sicherheitsbehörden das Recht, Informationen abzugreifen. Zu den Erfahrungen hiermit gehören das Abhören des Telefons von Gennadij Gudkow, dem damaligen Vizevorsitzenden des Sicherheitsausschusses der Staatsduma, Aufzeichnungen privater Gespräche von Boris Nemzow, die im Internet auftauchten; es betraf auch britische und US-amerikanische Diplomaten sowie den stellvertretenden Generalkonsuls Großbritanniens in Jekaterinburg, der seinen Hut nehmen musste, nachdem Bilder von ihm mit einer Prostituierten öffentlich gemacht wurden. Es ist lebhaft spekuliert worden, dass der FSB für diese Aufnahmen und deren Verbreitung verantwortlich ist.

Schlussfolgerungen

Die Vorteile des Internet und der sozialen Medien für gesellschaftliche Bewegungen sind klar und unbestritten. Sie bieten eine Plattform zur Verbreitung von Informationen sowie zur Organisierung von Offline-Protesten; und sie können dazu genutzt werden, das Gefühl einer gemeinsamen Identität zu entwickeln, wobei das letztere in zersplitterten Gesellschaften äußerst wichtig ist. Soziale Medien und das Internet spielen auch bei der Offenlegung von staatlichem Vorgehen, das international anerkannten Prinzipien angemessenen staatlichen Handelns zuwiderläuft, eine sehr wichtige Rolle. Zusammen mit Offline-Aktivität, kann Online-Engagement ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem angestrebten Wandel, ja sogar einer Transformation sein.

Für diejenigen, die in Russland Veränderungen herbeiführen wollen, bestehen allerdings schwerwiegende Probleme. Das wichtigste und wirkungsmächtigste ist vielleicht die Angst, die durch das Vorgehen gegen die Straßenproteste und die Protestierer erzeugt wurde, und die Andersdenkende davon abschreckt, öffentlich ihre Unzufriedenheit zu zeigen. Wenn nur eine kleine Zahl von Protestierenden erscheint, legitimiert das wiederum den Diskurs des Staates und dessen Argumentation, dass die überwiegende Bevölkerungsmehrheit mit dem Satus Quo zufrieden ist. Wo von Einzelnen orthodoxere Wege zu Veränderungen beschrritten werden, handelt der Staat schnell und statuiert ein Exempel, wie es etwa bei dem populären Bürgermeister von Jaroslawl Jewgenij Uralaschow der Fall war, der im Juli 2013 wegen Korruptionsvorwürfen verhaftet wurde. Solche Verhaftungen können nicht ohne Wirkung auf einfache Bürger bleiben, da diese sich dann fragen, wie groß für sie das Risiko einer Verhaftung ist, wenn selbst prominente Aktivisten und Politiker nicht immun sind. Das zweite Problem ist Desinteresse. Bisher ist die Opposition weitgehend auf die Mittelschicht beschränkt geblieben, und der Versuch, die Mehrheit der Bürger hinter einer gemeinsamen Sache zu vereinigen, ist gescheitert. Die digitale Kluft (bei der es kurzfristig wenig Aussichten auf Überbrückung gibt) bedeutet im Zusammenspiel mit dem fortgesetzten Bezug von Nachrichten über die durch den Staat monopolisierten Medien, dass die Vorteile der sozialen Medien für eine Mobilisierung längst nicht hinreichend verbreitet und spürbar sind. Dadurch wirkt ein Zusammenspiel von Angst, Apathie und Desinteresse der Reformagenda der Opposition entgegen.

Für reformorientierte Russen erscheint also Offline-Engagement keine unmittelbare Antwort zu sein. Bisher sind die größeren Straßenproteste darin erfolgreich gewesen, dass sie außerhalb von Russlands inneren Problemen die Wahrnehmung geschärft haben. Sie haben aber der Regierung auch die Gelegenheit zu einer Bot-

schaft gegeben, mit der verdeutlicht wird, was mit jenen geschieht, die öffentlich zu protestieren wagen. Sehr viel weniger klar ist, ob eine solche Taktik auch gegenüber dem Online-Engagement funktionieren wird. Zweifellos steht der Regierung eine Reihe von Mitteln zur Verfügung, die zu einem Teil auch eingesetzt werden. Ein anhaltender Versuch, die Internetdienste innerhalb Russlands einzuschränken, ist besonders schwierig, außer vielleicht für die großen Marktführer, was die jüngste, »versehentliche« Sperrung von »VK« durch den Kreml erklärt. Darüber hinaus würde eine Überwachung und eine Reaktion auf die wachsende Zahl von Websites und Internetquellen dem Staat einen längerfristigen Einsatz eines großen Teils seiner Ressourcen in dieser Richtung abverlangen. Auf jeden Fall würde sich Russland durch die Einführung von Beschränkungen ein gehöriges Maß an Aufsehen und Kritik aus dem In- und Ausland einhandeln. Dass Russland bei diesen Fragen empfindlich

ist, demonstrierte die Rechtfertigungsrhetorik, die im Kern zwar einen Sicherheitsdiskurs stützt, dabei aber auf die Notwendigkeit eines sicheren Internetraumes zum Schutz bestimmter schutzbedürftiger Gesellschaftsgruppen und zur Abwehr terroristischer und extremistischer Bedrohungen verweist. Neben dem Schaden für ihre Legitimität, die eine solche Kritik mit sich bringen würde, liefe die Regierung Gefahr, jene Unternehmer zu verschrecken, die das Land benötigt, und die es nun anzulocken versucht. So verzeichnete beispielsweise der russische Aktienmarkt nach dem Urteil gegen Nawalnyj herbe Verluste. Während solche Einbrüche oft nur kurzfristiger Natur sind, beeinträchtigt jedoch jede Art Verluste die Haltung der Investoren und des Marktes. Für Reformkräfte könnte also auch in Zukunft Online-Engagement das beste der zur Verfügung stehenden Instrumente sein.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor:

Dr. Maxine David ist Dozentin für Europäische Politik an der Universität Surrey. Sie analysiert Außenpolitik mit den Schwerpunkten Russland, EU und Großbritannien. Ihre jüngste Veröffentlichung (gemeinsam herausgegeben mit Jackie Gower und Hiski Haukkala) ist 2013 unter dem Titel »National Perspectives on Russia. European Foreign Policy in the Making?« bei Routledge erschienen.

Lesetipps

- Wilson, Ernest J.: What Is Internet Governance and Where Does it Come From?, in: Journal of Public Policy, 25.2005, Nr. 1, S. 29–50.
- Internet World Stats: Internet Users in Europe, 2013; <http://www.internetworldstats.com/stats4.htm>
- Ignite Social Media / Brian Chappel: 2012 Social Network Analysis Report – Demographic – Geographic and Search Data Revealed, 31. 07. 2012; <http://www.ignitesocialmedia.com/social-media-stats/2012-social-network-analysis-report/>
- Chirgwin, Richard: Internet shut-down easier than you think in some countries, in: The Register, 2012 http://www.theregister.co.uk/2012/12/04/kill_switch_analysis_renesys/

Lesetipps zum Thema Internet und soziale Medien in Russland

- Alexanyan, Karina; Barash, Vladimir; Etlings, Bruce; Faris, Rob; Gasser, Urs; Kelly, John; Palfrey, John; Roberts, Hal: Exploring Russian Cyberspace: Digitally-Mediated Collective Action and the Networked Public Sphere. Berkman Center Research Publication No. 2012-2, March 2, 2012 http://cyber.law.harvard.edu/sites/cyber.law.harvard.edu/files/Exploring_Russian_Cyberspace_2012.pdf, 6. März 2012
- Aron, Leon: Nyetizdat: How the Internet Is Building Civil Society in Russia. AEI OUTLOOK SERIES, June 2011 <http://www.aei.org/docLib/RO-Spring-2011-g.pdf>, 15. Juli 2011
- Bruce Etlings, Karina Alexanyan, John Kelly, Robert Faris, John Palfrey, and Urs Gasser: Public Discourse in the Russian Blogosphere: Mapping RuNet Politics and Mobilization. Berkman Center Research Publication No. 2010-11, October 19, 2010 at Harvard http://cyber.law.harvard.edu/sites/cyber.law.harvard.edu/files/Public_Discourse_in_the_Russian%20Blogosphere_2010.pdf, 20. Oktober 2010
- Franke, Ulrik; Vendil Pallin, Carolina: Russian Politics and the Internet in 2012. FOI Report, No. FOI-R-3590-SE, December 2012, 80 S. http://www.foi.se/ReportFiles/foir_3590.pdf, 29. Mai 2013

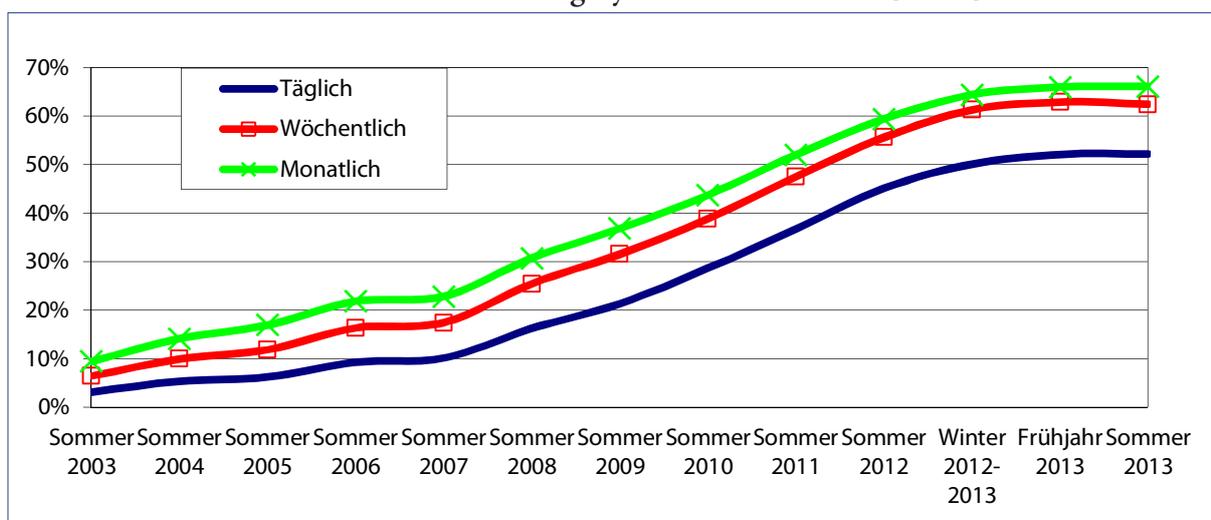
- Kelly, John; Barash, Vladimir; Alexanyan, Karina; Etling, Bruce; Faris, Rob; Gasser, Urs; Palfrey, John: Mapping Russian Twitter. Berkman Center Research Publication No. 2012-3, March 20, 2012 http://cyber.law.harvard.edu/sites/cyber.law.harvard.edu/files/Mapping_Russian_Twitter_2012.pdf, 22. März 2012
- Kelly, Sanja; Cook, Sarah; Truong, Mai (Hrsg.): Freedom on the Net 2012. A Global Assessment of Internet and Digital Media. Freedom House, September 24, 2012 http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/resources/FOTN%202012%20-%20Full%20Report_0.pdf, 29. November 2012
- Mikhailova, Yulia [Michajlova, Julia]: Electronic media and popular discourse on Russian nationalism, in: Nationalities Papers, 39.2011, No. 4 (July 2011), S. 523–546
- Nocetti, Julien: Le Web en Russie : de la virtualité à la réalité politique ? Russie.Nei.Reports, N° 10, mars 2012 <http://www.ifri.org/downloads/ifrirnr10nocettiwebussiemarkars2012.pdf>, 29. Februar 2012
- Schmidt, Henrike: The Triple P of RuNet Politics: Protest, Political Technology, Public Sphere. Euxeinos 4/2012 Internet and Politics in Russia http://www.gce.unisg.ch/~media/Internet/Content/Dateien/InstituteUndCenters/GCE/Euxeinos%20Folder/Euxeinos%204_2012.ashx?fl=de, 1. März 2012
- Sidorenko, Alexey: Russian Digital Dualism: Changing Society, Manipulative State. Russie.Nei.Visions No. 63, December 2011 <http://www.ifri.org/downloads/ifrisidorenkorussiandigitalengdualismdec2011.pdf>, 9. Oktober 2013
- Toepfl, Florian: Managing public outrage: Power, scandal, and new media in contemporary Russia, in: *New Media Society*, published online 10 June 2011 as Online First (forthcoming articles are published online before they are scheduled to appear in print) <http://nms.sagepub.com/content/early/2011/06/07/1461444811405021.full.pdf+html>, 28. Juni 2011

UMFRAGE

Internet und soziale Netzwerke in Russland

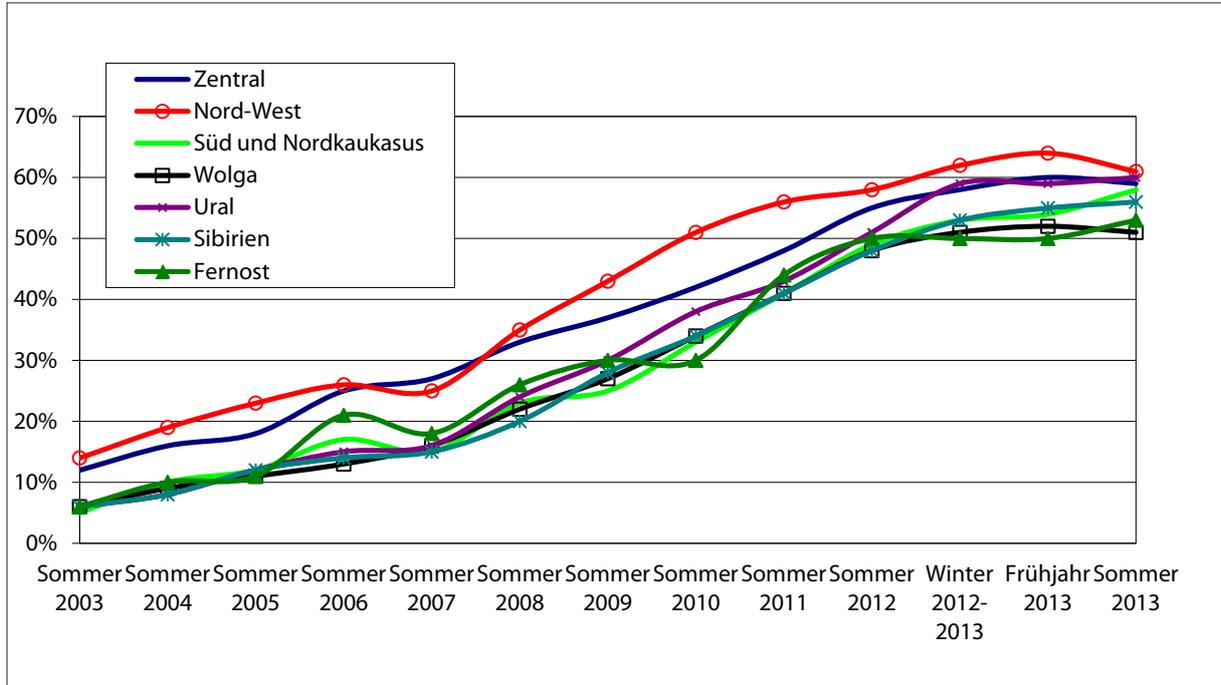
Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM)

Grafik 1: Internet in Russland: Ausbreitungsdynamik. Sommer 2003–2013



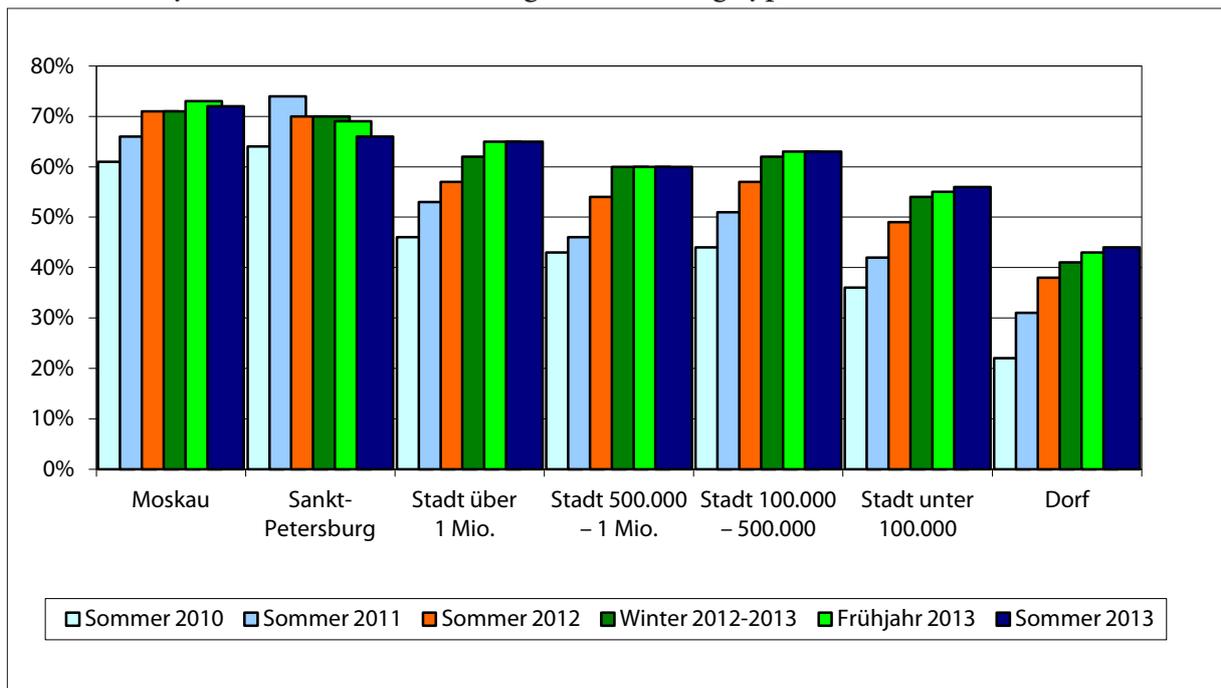
Quelle: Wöchentliche Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« – FOMnibus, Juni–August 2013. N = 29.956, ab 18 Jahre. Veröffentlicht am 6. September 2013 unter: <http://runet.fom.ru/Proniknovenie-interneta/11067>

Grafik 2: Dynamik der Internetnutzung nach Föderalbezirk, in %



Quelle: Wöchentliche Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« – FOMnibus, Juni–August 2013. N = 29.956, ab 18 Jahre. Veröffentlicht am 6. September 2013 unter: <http://runet.fom.ru/Proniknovenie-interneta/11067>

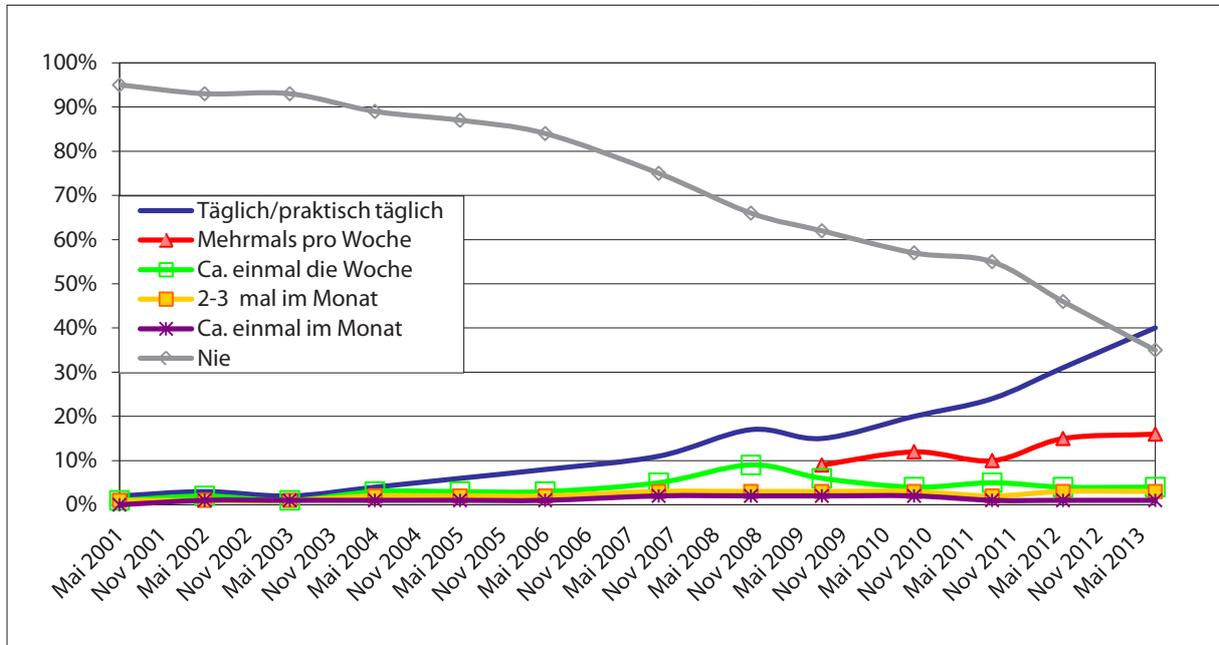
Grafik 3: Dynamik der Internetnutzung nach Siedlungstyp, in %



Quelle: Wöchentliche Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« – FOMnibus, Juni–August 2013. N = 29.956, ab 18 Jahre. Veröffentlicht am 6. September 2013 unter: <http://runet.fom.ru/Proniknovenie-interneta/11067>

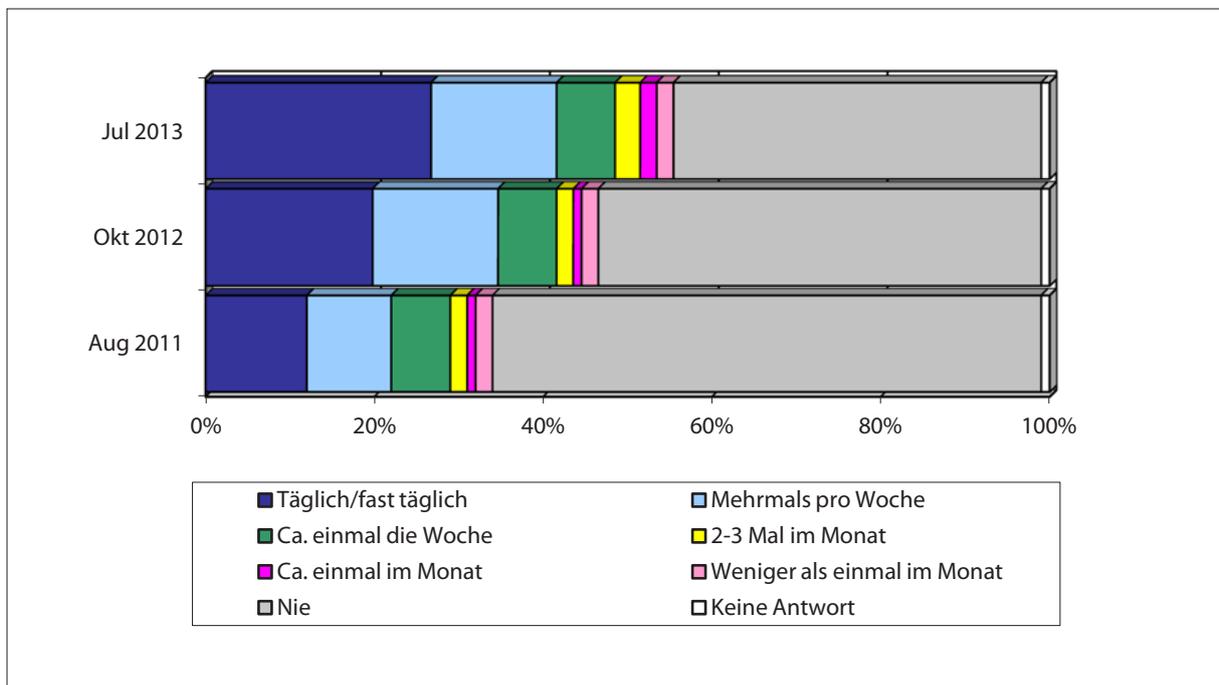
Umfragen des Lewada-Zentrums

Grafik 4: Nutzen Sie das Internet und wenn ja, wie häufig?



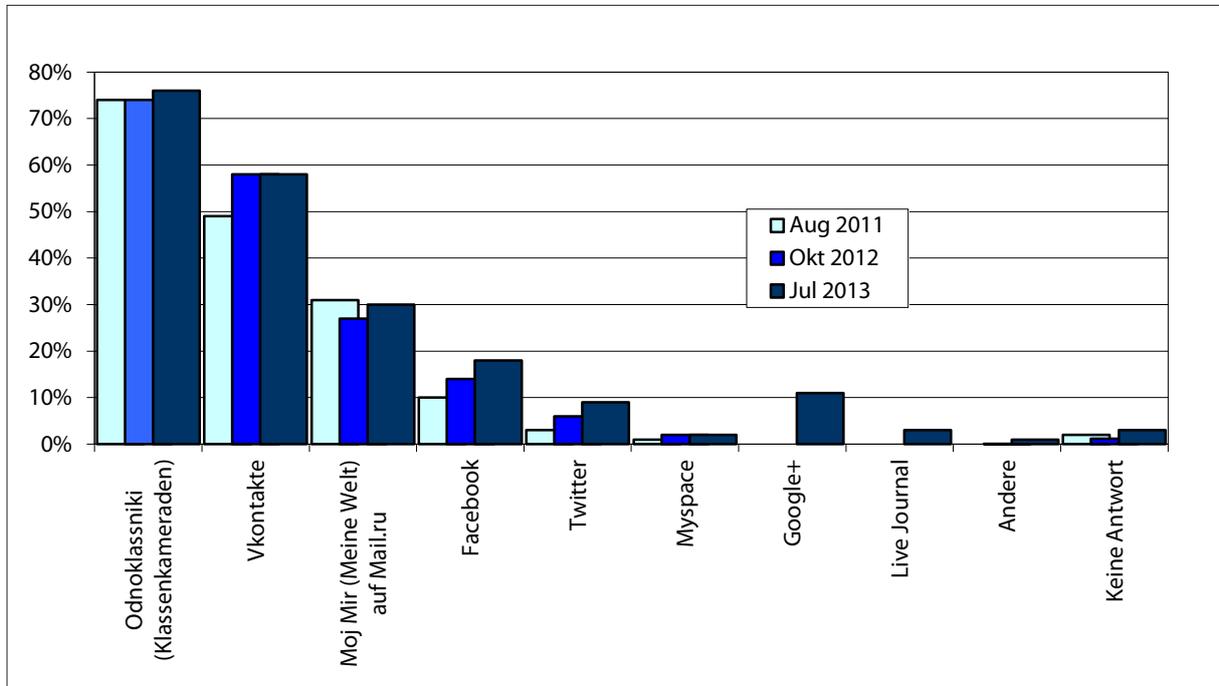
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–22. Juli 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 20. August 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/20-08-2013/internet-i-sotsialnye-seti-v-rossii>

Grafik 5: Nutzen Sie »Soziale Netzwerke« im Internet?



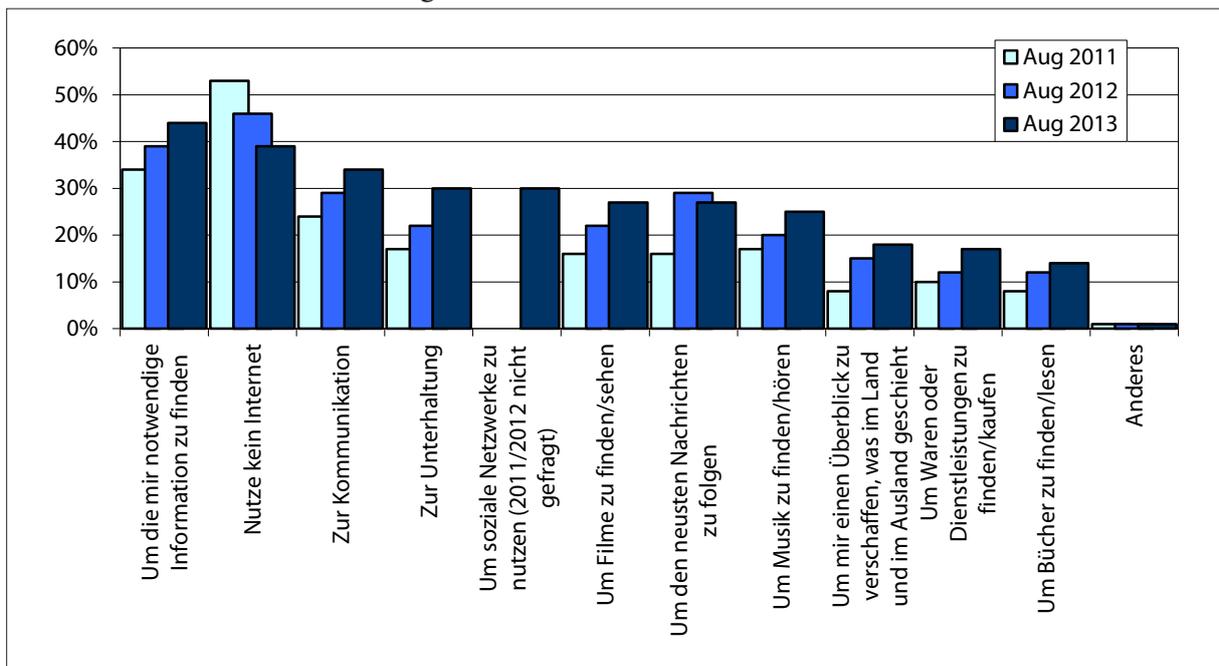
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–22. Juli 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 20. August 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/20-08-2013/internet-i-sotsialnye-seti-v-rossii>

Grafik 6: Welche »sozialen Netzwerke« nutzen Sie? (Anteil derer, die soziale Netzwerke nutzen)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–22. Juli 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 20. August 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/20-08-2013/internet-i-sotsialnye-seti-v-rossii>

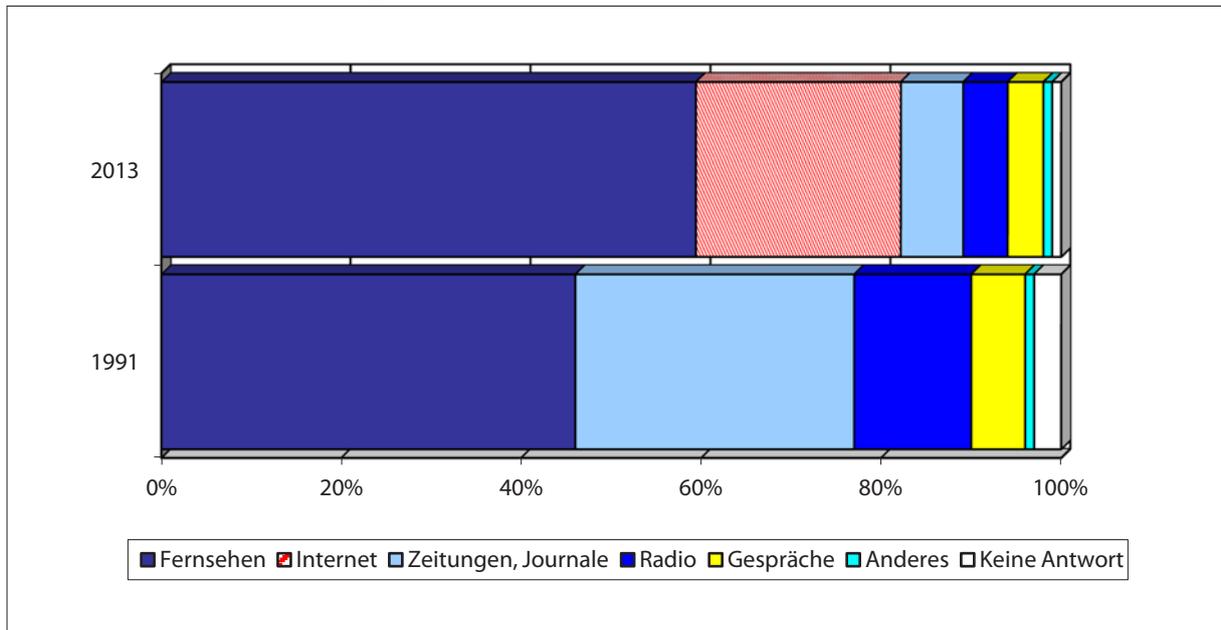
Grafik 7: Nutzen Sie das Internet und wenn ja, für welche Zwecke? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums vom 23.–26. August 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 19. September 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/19-09-2013/internet-i-smi>

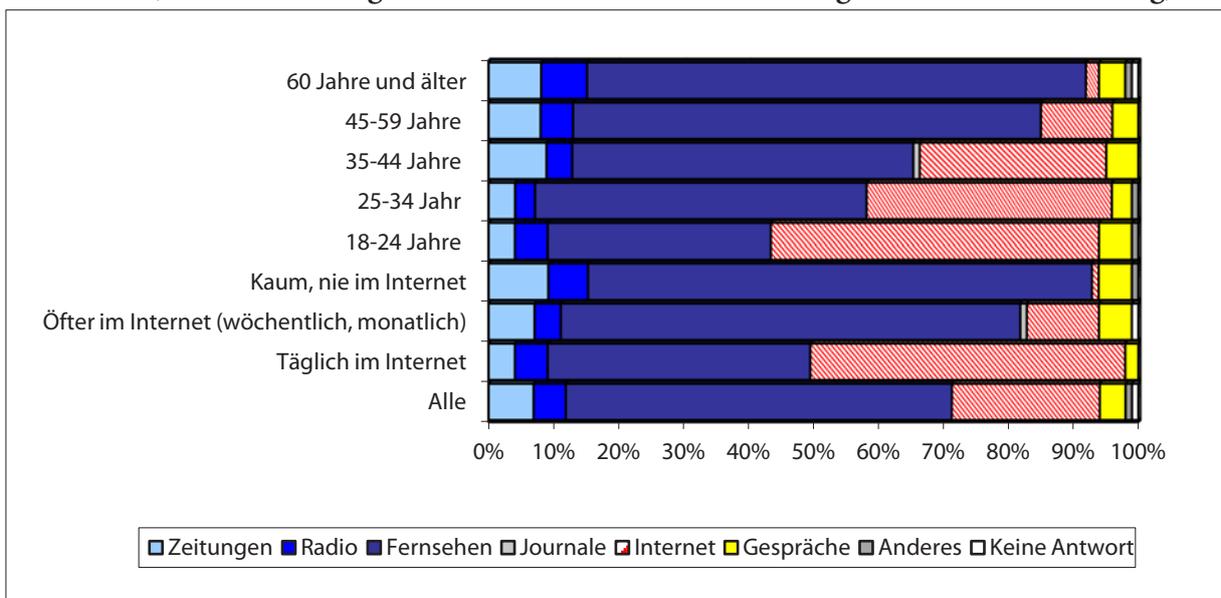
Das Internet und andere Medien

Grafik 8: Was ist Ihre wesentliche Informationsquelle zu Ereignissen im Land? (eine Antwortmöglichkeit)



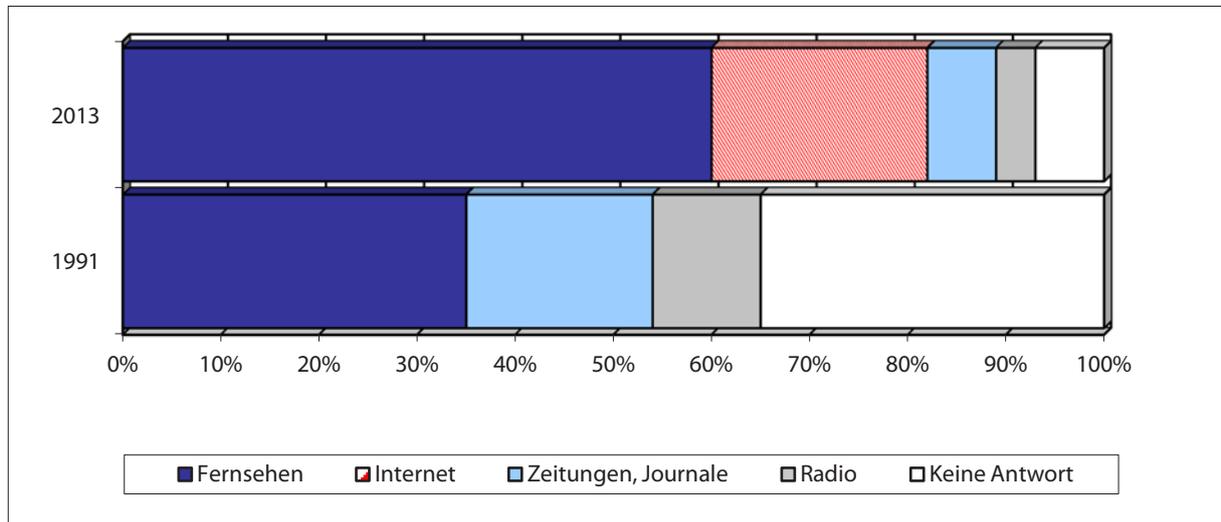
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 27.–28. Juli 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 13. August 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114345>

Grafik 9: Was ist Ihre wesentliche Informationsquelle zu Ereignissen im Land? (eine Antwortmöglichkeit, nach Alter und nach Häufigkeit der Internetnutzung)



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 27.–28. Juli 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 13. August 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114345>

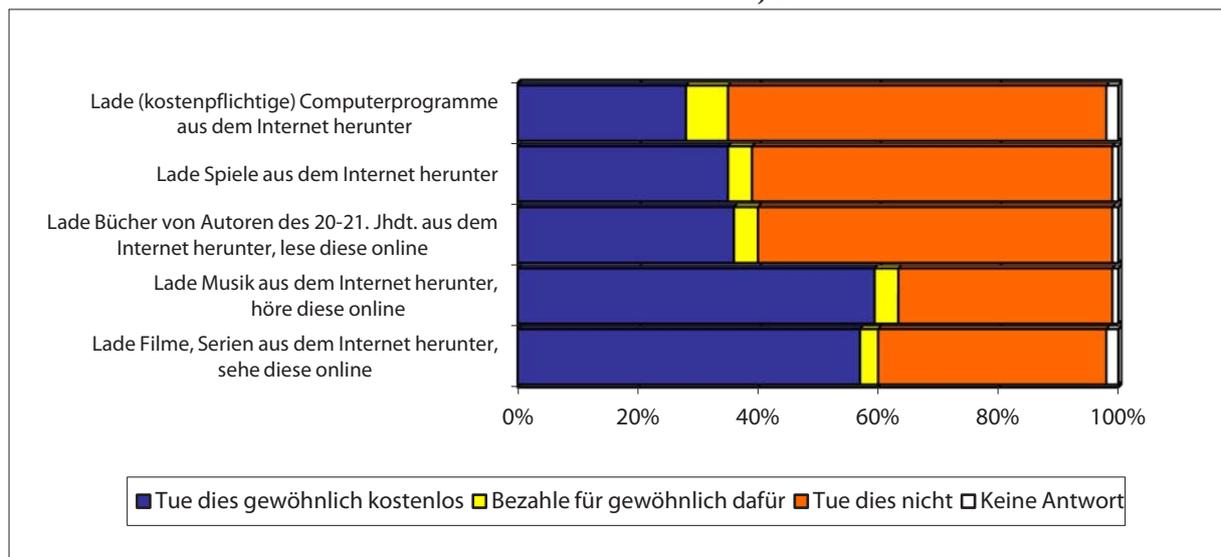
Grafik 10: Wenn über das gleiche Ereignis im Radio, Fernsehen, Journalen, Zeitungen und dem Internet unterschiedliche Aussagen getan werden, welcher Quelle vertrauen Sie dann am meisten?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 27.–28. Juli 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 13. August 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114345>

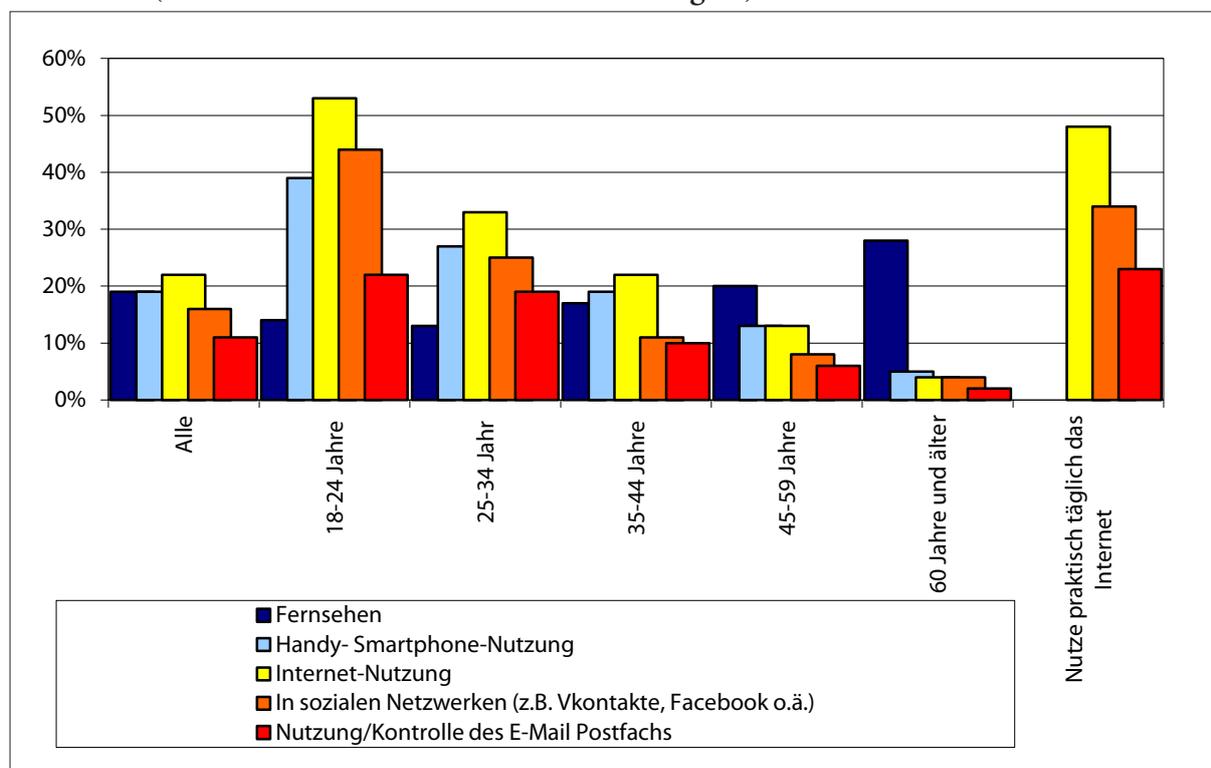
Internetpiraterie und Internetsucht

Grafik 11: Laden Sie aus dem Internet herunter und wenn ja, bezahlen Sie dafür?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 17.–18. August 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 12. September 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114467>

**Grafik 12: Verbringen Sie Ihrer Meinung nach zu viel Zeit mit folgenden Beschäftigungen?
(zustimmende Antworten in % aller Befragten)**



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 21.–22. September 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 30. September 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114515>

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Über soziale Netzwerke und russische Politik

Propaganda 2.0. Theorie und Praxis

Wo stammen Gelder für politische Werbung im Internet her? Wie hoch sind die Verträge? Welche Firmen bekommen derartige Aufträge? Welche Mechanismen werden dabei eingesetzt? Die Antworten auf diese Fragen gibt Ruslan Lewijew in einem umfassenden Beitrag zum Einsatz von sozialen Netzwerken für kommerzielle und politische Zwecke. Der politische Aktivist und Jurist bei der Stiftung zur Bekämpfung der Korruption von Alexej Nawalnyj veröffentlichte eine detaillierte Analyse typischer Werbemechanismen von ausländischen und russischen Medienunternehmen in sozialen Netzwerken, nämlich Internet-Bots, künstliche Erhöhung der Popularität von Internet-Seiten, Videos auf Youtube und kommerziellen Facebook-Seiten. Am Beispiel des Medienunternehmens Apostol, welches der kremlnahen Journalistin und Celebrity Tina Kandelaki gehört, zeigt der Blogger, wie Bots die Zahl der Aufrufe auf Youtube, »Likes« in Facebook, »Followern« und »ReTweets« auf Twitter erhöhen können, und wie dies mittels mathematischer Methoden und theoretischer Kenntnisse zum Verhalten von Menschen im Netz leicht zu erkennen ist.

Lewijew kritisiert dabei Apostol für »dumme« und ineffektive Werbemethoden, die wirtschaftlich wenig Sinn machen. Nichtsdestotrotz nehme die Nachfrage nach den »Dienstleistungen« bei Apostol zu, die allerdings den guten Kontakten im Kreml zu verdanken sei. Apostol bedient in erster Linie staatliche Großunternehmen, wie Aeroflot oder Rostech, sowie Politiker wie Ramsan Kadyrow.

Im zweiten Teil des Beitrags berichtet Lewijew über den Einsatz von Sozialen Netzwerken für politische Propaganda. Bekanntlich können bestimmte Themen im Twitter durch mehrmalige Erwähnung oder sogenannte Hashtags in Twitter-Charts schnell nach oben gebracht werden. Für diesen Zweck setzt Apostol »lebende Bots« ein, die gegen Geld oder wiederum gegen die Erhöhung der Zahl ihrer eigenen Follower bestimmte Begriffe tweeten und retweeten, wie z. B. #GudkowSchpionZRU (#GudkowCIASpion).

»Apostol Media: Betrugskönige. Detaillierte Analyse. Setzt Eure Kandelikes!« vom Ruslan Lewijew, 27. März 2013 / Teil 1 <http://ruslanlewiev.livejournal.com/26303.html>; Teil 2 <http://ruslanlewiev.livejournal.com/26493.html>

Politisches Startup

Die junge Aktivistin Natalja Lwowa entlarvte während der letzten Wahlkampagne eine Internet-Firma aus St. Petersburg, die sich unmittelbar mit politischer Werbung und schwarzer PR im Internet beschäftigt. Nach dem Besuch des Startup-Unternehmens teilte Lwowa im Blog des Radiosenders Echo Moskwy ihre Eindrücke mit. Das Büro ähnelte sich auf den ersten Blick einem Internet-Café mit unzähligen Rechnern und Dutzenden Mitarbeitern. Eine erste Abteilung tippte Kommentare für Blogs. In einem zweiten Raum würden Einträge für Blogs verfasst und über soziale Netzwerke verbreitet. Bereits bei dem Vorstellungsgespräch hätte ein Supervisor über den Schwerpunkt der Firma und Inhalte der Arbeitsaufträge Klartext geredet, dass es sich dabei größtenteils um politische Inhalte handelt: »Im Moment haben wir eine angespannte Zeit. Gestern ging es um alles Mögliche zur Unterstützung von Sobjanin, heute machen wir Nawalnyj schlecht«.

»Wie bei uns Politik gemacht wird« von Natalja Lwowa, 30. August 2013 <http://www.echomsk.spb.ru/blogs/lvova/16560.php>

Die Unabhängigkeit des Sozialen Netzwerks »Vkontakte« in Gefahr

Im April 2013 kaufte das Finanzunternehmen United Capital Partners heimlich 48 % Aktien eines der größten russischen sozialen Netzwerke »Vkontakte«. Da der UCP-Chef Ilja Scherbowitsch zugleich Mitglied des Verwaltungsrats bei den Erdöliganten Rosneft und Transneft ist, löste die Transaktion viele Gerüchte über die Übernahme von »Vkontakte« durch den Staat aus. Das soziale Netzwerk wird nach wie vor von seinem Gründer Pawel Durow gesteuert, der allerdings selbst nur 12 % Aktien besitzt. Die restlichen 40 % gehören dem kremltreuen Oligarch Alischer Usmanow, der sich bisher in die Politik von »Vkontakte« kaum einmischte.

Der bekannte Internet-Experte Anton Nosik stellt zwei Szenarien zur Entwicklung des »russischen Facebook« dar und zieht dabei folgendes Fazit: »Hätte der Kreml bereits die Entscheidung zur Ablösung von Pawel Durow durch einen loyalen Akteur getroffen, der nach dem ersten Signal oppositionelle Gruppen schließen würde, bräuhete man keine Milliarden für den Minderheitsanteil zu investieren, sondern man könnte Usmanow zum Gespräch im Kreml einladen«.

»Vkonflikte« vom Anton Nosik, 2. Oktober 2013 <http://dolboeb.livejournal.com/2574331.html>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache)*

PRESEESTIMMEN

Die deutschen Bundestagswahlen in der russischen Presse

Teflon-Kanzlerin Angela Merkel

In den von WikiLeaks veröffentlichten Depeschen amerikanischer Diplomaten wurde die erste Kanzlerin Deutschlands als »Teflon Kanzler« bezeichnet. In der vergangenen Woche bewies sie die ihr zugeschriebene Qualität. Der von ihr geführte Parteienblock CDU/CSU errang den Wahlsieg. Den Sieg hatte natürlich niemand bezweifelt, das Ergebnis überstieg jedoch die Prognosen: 41,5 % der Stimmen waren das beste Resultat seit 1994. Die Wirtschaftskrise, die vielen ihrer europäischen Kollegen ihre Ämter kostete, hat Merkel nur gestärkt. [...] Die Entscheidung, ihren Koalitionspartner (FDP) nicht zu unterstützen, spricht mehr über Merkel und ihr Selbstvertrauen, als das Wahlprogramm und aller Wahlkampf. Letzterer wird in deutschen und ausländischen Medien einhellig als langweilig charakterisiert. Merkel hypnotisierte die Wähler gleichsam, in dem sie diesen glauben machte: In ihren Händen geht es Deutschland am Besten. [...] Fragen, die

die Gesellschaft beunruhigen könnte, wie die Syrienkrise oder die totale Abhörung, die amerikanische Geheimdienste nicht ohne die Hilfe deutscher Dienste durchgeführt haben, versuchte sie durch Schweigen zu umgehen. [...]

Im Wahlkampf bewahrte Merkel ihre Tefloneigenschaften. Neues konnte man nicht über sie erfahren, sie bleibt eine der verschlossensten politischen Figuren: Sie vermeidet Aufsehen erregende Reden und zieht es vor, nicht mehr als das Notwendige zu internationalen Fragen zu sagen, die nicht die Rettung der Eurozone betreffen. Wie sie sich die Zukunft Europas, die Beziehungen zu den USA, China und Russland vorstellt, wurde ebenfalls nicht klarer. In der neuen Amtszeit wird jedoch genau dies von Merkel erwartet – eine größere Offenheit, mehr Reformen und die Ausarbeitung neuer Vorschläge nicht nur für Deutschland sondern auch für ganz Europa. Dem Wahlergebnis zufolge reichte den Deutschen das demonstrierte Maß an Offenheit wohl aus – einer der am meisten diskutierten Momente der Wahlkampfdebatten war die Halskette Merkels in den Nationalfarben, die aus dem traditionellen Jackett hervorblickte. *Chimschiaschwili, Polina: Teflonowyj kanzler Angela Merkel, aus: Tschelowek nedeli: Angela Merkel, in: Wedomosti, 30.9.2013, <http://www.vedomosti.ru/opinion/news/16898511/angela-merkel>*

Es gewann die »liebe Nachbarin«

[...] Angela Merkel erzielte mehr Stimmen als alle anderen. Ihr positives Bild einer älteren sympathischen Frau, immer bescheiden gekleidet, lächelnd und für die Menschen offen, konnten die anderen Spitzenkandidaten nicht übertrumpfen. Sie wurde zur Verkörperung der angenehmen, freundlichen Nachbarin, mit der man in der Freizeit plaudern, oder die man um eine Zwiebel für die Suppe bitten kann. Ihre Parteikollegen haben dies perfekt verstanden. Weshalb die Imagekampagne der CDU/CSU auf Merkel zugeschnitten war. Merkel war das zentrale Motiv der Straßenplakate, sie hatte den Wählern ja bei der TV-Debatte gesagt: »Sie kennen mich. Wählen Sie mich«. Somit wurde der Eindruck geschaffen, nur Merkel werde regieren.

Dieser Eindruck ist jedoch irreführend. Der übertrieben personifizierte Wahlkampf war nur ein Ausdruck dessen, dass die Christdemokraten ein klares programmatisches Profil verloren haben. Die Botschaft vom »Triumph« Merkels war voreilig. Nach dem Verlust ihres treuen Koalitionspartners wird es ihre Union schwerer haben. [...]

Rose, Anna: Pobedila »milaja sosedka«, in: Rossijskaja Gaseta, 24. September 2013, <http://www.rg.ru/2013/09/23/vybory-site.html>

Blankoscheck. Das Paradoxon des Phänomens Merkel

Zweifellos erzielte Angela Merkels Union CDU/CSU einen überzeugenden Sieg bei den Bundestagswahlen und verbesserte ihr Wahlergebnis gegenüber 2009. Unbestreitbar ist auch, dass dies ein persönlicher Sieg der Kanzlerin und nicht der Konservativen ist. Die Wähler, die für Merkel stimmten, wählten Sie zum dritten Mal zur Kanzlerin, was von einem gewissen Phänomen Merkel sprechen lässt. [...] Den persönlichen Triumph Merkels anerkennend, ist jedoch nicht zu übersehen, dass immerhin 51,5 % der Wähler für Parteien stimmten, die links der Konservativen stehen. [...] Ein anderes beunruhigendes Signal ist das spektakuläre Debüt der Partei der Euroskeptiker »Alternative für Deutschland«, die nur wenige Monate vor den Wahlen gegründet wurde und beinahe die Fünfprozenthürde überschritt (4,5 %), die für einen Einzug in den Bundestag notwendig ist. Nicht außer Acht zu lassen ist auch, dass 29 % der Wähler überhaupt nicht zur Wahl gingen. Anders ausgedrückt, entstand eine paradoxe Situation. Obwohl Merkel ihre Stellung bei den Wahlen stärkte, schwächte sich ihre Position nach den Wahlen, da sie eine Koalition mit Parteien bilden muss, die weniger nachgiebig sind, als die ausgeschiedenen Freien Demokraten, und da ein Land zu regieren hat, das sich nach links verschob. [...]

Arbatowa, Dr. Nadeschda Konstantinowna (Abteilungsleiterin für europäische politische Forschungen am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften (IMEMO RAN): Kart-blansch. Paradoks fenomena Merkel, in: Nesawissimaja Gaseta, 30. September 2013, http://www.ng.ru/world/2013-09-30/3_kartblansh.html

Die Republik Angela Merkels

Am vergangenen Sonntag wählten die Deutschen die Zusammensetzung des Bundestages und den Bundeskanzler. Merkel gewann erneut – schon zum dritten Mal. [...] Tatsächlich, die dritte Amtszeit an der Macht – das kommt einem bekannt vor, oder nicht? Das ist es jedoch nur für uns, an die »gelenkte Demokratie« gewöhnte, wo der Wahlsieg des Kandidaten der Staatsmacht als offensichtliches Ergebnis erscheint. In Deutschland ist alles anders.

Ja, die deutschen Journalisten schreiben, dass dieser Sieg ein Sieg Merkels und nicht der CDU/CSU sei. Dass die Deutschen Merkel lieben, ist eine Tatsache. Und dass viele nur sie wählen und nicht das Wahlprogramm der Christdemokraten, ist auch eine Tatsache. Merkel aber, auch wenn sie über ihren Wahlsieg, den viele als »historisch« bezeichnen, keine Tränen vor den Kameras vergoss, versteht genau, dass dieses Ergebnis ein bestimmter Vertrauens Kredit ist, und es ihr im allgemeinen nicht einfach wird, diesen Kredit zu rechtfertigen und abzarbeiten. [...]

Die dritte Amtszeit ist ein Vertrauensbeweis für Merkel, aber nur so lange, wie sie sich dieses Vertrauen würdig erweist. Und so lange die Wahlergebnisse in Deutschland unmöglich manipuliert werden können, hängt sie unmittelbar vom Wählerwillen ab. Hierin liegt der zentrale Unterschied der deutschen Realität von der unsrigen: Merkel ist überhaupt kein Garant für Stabilität. Stabil ist das politische System selbst, in der es ihr bisher gelingt, sich bessere als andere zu beweisen.

Epifanowa, Maria: Respublika Angely Merkel, in: Nowaja Gaseta, 25. September 2013, <http://www.novayagazeta.ru/politics/60168.html>

Das europäische China

Deutschland bleibt eines der wenigen europäischen Länder, in dem die Politiker Wahlen nicht mit Angst und Schrecken erwarten. Die Deutschen fallen kaum auf Populismus jeglicher Richtung herein, sie lieben solide Politiker, die von ihrer Rechtmäßigkeit überzeugt sind. Die aktuellen Wahlen waren keine Ausnahme. Erfolg erzielten traditionelle Vertreter des Mainstreams. [...]

Einer der Gründe [des Wahlerfolgs] ist Angela Merkel, die einst als glanzlos und für die große Politik unpassend erachtet wurde und sich beinahe zur einzigen tatsächlichen Führungsperson in Europa gewandelt hat. [...]

Merkel muss nun eine Reform der Europäischen Union organisieren um die anderen nicht durch die deutsche Stärke zu erschrecken, und nicht den ganzen Komplex negativer Assoziationen des vergangenen Jahrhunderts ins Leben zu rufen. [...] Zum Ende des 20. Jahrhunderts hat das Land die Schleppe der Vergangenheit scheinbar überwunden, die Nation ist tatsächlich wie neugeboren, vollständig vom Militarismus befreit und sie hat gelernt, sich hinter souveränen und politisch stärkeren Partnern zu verstecken. Und nun hat sich plötzlich herausgestellt, das niemand mehr da ist – weder Starke noch Souveräne.

In gewisser Weise ähnelt Deutschland China. Auf Anraten Deng Xiaopings war China ebenso lange von der Maxime geleitet, »sich nicht hinauszulehnen«, da es verstand, dass es, sobald es in die erste Reihe tritt, mit Gegenwind zu rechnen habe. Dann kam der Moment, als China so groß wurde, dass es einfach nicht mehr in den Schatten anderer passte. Und tatsächlich stieg der Druck rasch an sowie das Bestreben der Nachbarn, sich durch Garantien abzusichern, von wem auch immer die kommen mögen.

Expansionistische Absichten haben weder Berlin noch Peking – sie sind einfach nur sehr erfolgreich und in die Weltwirtschaft integriert. Darum müssen sie ein Mittel finden, wie sie ihre Umgebung vorteilhafter gestalten können, und den Verdacht vermeiden, alle anderen zu dominieren. Diese Verantwortung kann mit niemandem geteilt werden. *Lukjanow, Fjodor (Präsidentenvorsitzender im Rat für Außen- und Verteidigungspolitik): Jewropejskij Kitaj, in: Rossijskaja Gaseta, 25. September 2013, <<http://www.rg.ru/2013/09/25/merkel.html>>*

Eine Annäherung zwischen der EU und Russland wird von Merkel abhängen Die zum dritten Mal gewählte Kanzlerin Deutschlands kann ein Regierungsbündnis schließen, das nach Osten blickt.

Die Bundestagswahlen in Deutschland am 22. September wurden zum dritten Mal ein Triumph für Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrem konservativen Bündnis aus CDU/CSU, das nach vorläufigen Angaben 41,5 % der Stimmen erhielt. [...] Experten halten eine Koalition Merkels mit der SPD für am wahrscheinlichsten. [...] Beides sind Volksparteien und in ihrem Geiste ähnlich. Auch die Außenpolitik stehen sie einander nahe. Unter anderem in ihrer Einstellung zum Aufbau partnerschaftliche Beziehungen zu Russland und dem Bestreben, die Rolle eines internationalen Vermittlers zu spielen. [...] Unter anderem könnten sie [die beiden Parteien] den Annäherungsprozess zwischen Russland und der EU anführen.

Berlin hätte hierfür genügend Autorität. Gerade Deutschland mit seiner starken Wirtschaft zieht die Eurozone aus der Krise. Unter anderem Dank millionenstarker Finanzspritzen in die Länder Südeuropas. [...] Laut Daniil Zyganow, dem Deutschlandexperten der Hochschule für Wirtschaft, müsse sich jedoch die SPD bemühen, die Beziehungen zwischen Russland und Europa in die Wege zu leiten. Vorwürfe an Moskau über Demokratiedefizite schon über die Grenzen der Parteiprogramme hinweg zu vernehmen. »In der vergangenen Zeit hat die russische Staatsmacht so viele Schritte in diese Richtung unternommen, dass sie, der öffentlichen Meinung in Deutschland zufolge, die ›Rote Linie‹ überschritten habe. Auf Moskau warte ein kritischer Blick durch jeden der potentiellen Koalitionspartner«, ist sich Zyganow sicher.

Maria Gorkowskaja: Sbliszenie ES i Rossii budet sawiset ot Merkel, in: Iswestija, 23. September 2013, unter: <http://izvestia.ru/news/557515>

Sieg auf Pump

[...] In acht Jahren an der Macht zeigte sich [Merkel] als absolut pragmatische Politikerin, die sich nicht durch Emotionen sondern Zweckmäßigkeitüberlegungen leiten lässt. Dies wird in der ganzen Welt durch das deutsche Wort »Realpolitik« bezeichnet, was eine Politik bedeutet, die reale Ziele setzt und reale Umstände berücksichtigt. [...]

Die Orientierung auf traditionelle deutsche Werte beibehaltend, verwirklichte Merkel de facto Ideen mal der Sozialdemokraten, mal der Grünen. Sie spürt hervorragend den Puls der Gesellschaft und reagiert rasch, wenn sich dieser verirrt. Darüber hinaus eignet sie sich ruhig und souverän die aussichtsreichsten Ideen ihrer Konkurrenten an, als würde sie dabei sagen: ihr habt sowieso nicht die Möglichkeit, das umzusetzen. [...]

»Keine Experimente!« Dieser Aufruf zu Stabilität und Vorsicht, der Anfang der 1950er Jahre von Konrad Adenauer, dem ersten Kanzler der BRD ausgerufen wurde, hat sich auch seine »Partei-Enkelin« gut angeeignet (sie gehört zur dritten Generation von Führungskräften der CDU). Für viele (im Land wie in der EU) ist die seit zwei Amtszeiten nicht ablösbare Kanzlerin eine Personifizierung von Stabilität und Vorsicht. [...]

Viktor Agajew, *Pobeda w dolg*, in: *Ogonjok*, Nr. 38(5298), 30. September 2013, <http://kommersant.ru/doc/2303278>

Angela Merkel außer Konkurrenz

Der vorhersagbare Wahlsieg Angela Merkels bei den Bundestagswahlen ist eine gute Nachricht für Deutschland und für Europa

[...] Volker Rühle, Verteidigungsminister der Regierung Helmut Kohls, bemerkte auf dem Waldaj-Forum auf eine Frage Wladimir Putins zu den Bundestagswahlen, dass es keine Überraschungen gebe und Angela Merkel erneut Kanzlerin werden würde. »Schon zum Dritten Mal!« – wie der russische Präsident strahlend anmerkte. Der Wahlkampf, der den gestrigen Bundestagswahlen voraus geht, wurde schon als langweiligster in der Geschichte der BRD bezeichnet. Unabhängig von der rekordverdächtigen Zahl von 34 beteiligten Parteien gab es wenige Anwärter die »sichere durchkommen«. [...]

Von der Haltung Deutschlands zur weiteren Unterstützung der Eurozone, in erster Linie der Problemländer Griechenland, Spanien und Portugal, hängt im Wesentlichen die Zukunft der Europäischen Union ab. Gerade hier gab es nichts Spannendes – die einzig ernsthafte Gefahr wäre ein Erfolg der Euroskeptiker gewesen. Rühle verband in seiner Antwort an Putin auf charakteristische Weise die nationalen Interessen Deutschlands mit dessen Existenz im gesamteuropäischen Kontext. »Uns gefällt es, Unterschiede zu sehen. Gleichzeitig gefällt uns aber auch die Solidarität.«

In Deutschland sind die Folgen eines Führerkults besser als in anderen Ländern Europas bekannt. Die Politik wird demnach weniger durch die Persönlichkeit einer Führungsperson als durch Parteikoalitionen bestimmt. Vom Kanzler werden keine Führungsqualitäten verlangt, sondern etwas fast gegensätzliches – die Fähigkeit, unterschiedliche Interessen zu versöhnen. Das zentrale Bild im aktuellen Wahlkampf Merkels ist ausdrücklich unpersönlich. Auf den Wahlplakaten waren die Hände der Kanzlerin zu sehen, zusammengelegt in der für sie üblichen Raute. Die Raute als Harmonisierung der gegensätzlichen Kräfte zu einer stabilen Konstruktion.

Angela Merkel wne konkurencii, [Leitartikel] in: *Wedomosti*, 23.09.2013, unter: <http://www.vedomosti.ru/opinion/news/16639651/angela-merkel-vne-konkurencii>

Zusammengestellt und übersetzt von Christoph Laug.

NOTIZEN AUS MOSKAU

20 Jahre danach – Bürgerkrieg in Moskau

Jens Siegert, Moskau

Der 3. Oktober 1993 war ein sonniger Herbsttag. Selbst über dem gewöhnlich versmogten Moskau war der Himmel blau. Schon kein Altweibersommer mehr, die Temperatur knapp über dem Gefrierpunkt,

aber herrlich frische Luft und, weil ein Sonntag, kein Stau. Ich lebte seit einem halben Jahr hier und hatte am Mittag meinen Vater zu seinem ersten Besuch in Russland vom damals noch einzigen »internationalen Flug-

hafen« Scheremetjewo abgeholt. Wir fuhren gerade auf dem Gartenring am Außenministerium (einem der sieben Zuckerbäcker-Stalinhochhäuser Moskau) vorbei, als uns eine Sperre der Verkehrspolizei stoppte. In der Ferne war auf der Krim-Brücke am Gorki-Park, vom Oktoberplatz mit der großen Leninstatue kommend, eine fahnenschwenkende Menschenmenge zu sehen. Ein Verkehrspolizist beugte sich zu meinem heruntergekurbelten Fenster runter und sagte freundlich-gutmütig (!): »Dreh' um Deutscher, sonst bringen sie Dich um.«

Die Demonstranten gehörten zu den Anhängern des Obersten Sowjets mit seinem Gegenpräsidenten Alexander Ruzkoj. Sie waren also Gegner von Präsident Boris Jelzin. Sie waren auf dem Weg zum damaligen Parlamentssitz, dem sogenannten »Weißen Haus« an der Kalininbrücke über die Moskwa. Dort sollten sie (oder nicht sie, sondern die Anhänger des Russofaschisten Alexander Barkaschow, so genau weiß das bis heute niemand) später an diesem Tag das seit zwei Jahren im gegenüberliegenden Comecon-Gebäude (oder, östlicher gesprochen, RGW-Gebäude) untergebrachte Bürgermeisteramt stürmen. Damit begann ein knapp zweitägiger Bürgerkrieg. Ein kurzer Bürgerkrieg, zugegeben. Ein auf das Moskauer Stadtzentrum und das Gebiet um das Fernsehzentrum Ostankino beschränkter Bürgerkrieg. Aber doch ein Bürgerkrieg.

Sein Ausgang ist bekannt. Boris Jelzin gewann den schließlich mit Waffengewalt geführten Kampf um die Macht und errichtete durch die später, im Dezember des gleichen Jahren in einem Referendum angenommenen neuen Verfassung eine ganz auf den Präsidenten zugeschnittene föderale Republik, die seither aber immer mehr Föderales und Republikanisches verloren hat.

Schon einige Wochen wird im Vorfeld des 20. Jahrestags dieser Ereignisse in den russischen Massenmedien und im russischsprachigen Internet heftig darüber diskutiert, was damals eigentlich geschah. Die Leute fragen (sich und andere), ob Jelzin richtig gehandelt hat? Ob es von vielen derjenigen, die sich bis heute »Liberale« oder »Demokraten« nennen, richtig war, ihn damals zu unterstützen? Ob nicht in den damaligen Herbstergebnissen und –entscheidungen schon der Keim der heutigen Probleme mit der Demokratie in Russland liegt? Oder ob es nicht so oder so zur Putinschen Restauration hat kommen müssen? Weil das eben »Russlands Weg« ist. Weil das Land dazu verurteilt ist, wie in einer Zeitschleife die immer gleichen Fehler immer wieder zu wiederholen.

Ich denke das nicht. Aber das ist wohl eine Frage der Geschichtsauffassung. Selbstverständlich trägt jede Gesellschaft ihre Geschichte mit sich in die Zukunft. Das macht manche Entwicklungen wahrscheinlicher als andere. Aber es gibt, zumal in Umbruchzeiten, auch fast immer Momente, in denen die Chancen, es anders

zu machen, größer sind als sonst. Die Zeit von der späten Perestroika, so etwa ab 1988, bis 1993 war eine solche Umbruchzeit.

Wie kam es zu der Anfang Oktober in diesem Zweitages-Bürgerkrieg gipfelnden Machtauseinandersetzung, deren Bewertung das Land bis heute in zwei ziemlich unversöhnliche, ja, so scheint es, unversöhnbare Lager teilt (weshalb die oben erwähnte Diskussion eigentlich zwei Diskussionen sind, die nebeneinander her verlaufen)? Am Anfang standen zwei demokratische Sternstunden, wie es sie in Russland bis dahin noch nicht gegeben hatte. Im Frühjahr 1990 wurde der Kongress der Volksdeputierten, das Parlament der »Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik«, in ziemlich freien Wahlen gewählt. Ein Jahr später stimmte eine Mehrheit der Menschen in Russland für Boris Jelzin als Präsident, einen Posten, der im sowjetischen Institutionengefüge nicht vorgesehen war. Damit gab es, noch bevor das Land dann am 1.1.1992 durch die Auflösung der Sowjetunion auch formal als »Russische Föderation« unabhängig wurde, zwei durch direkte Wahlen legitimierte Machtzentren. Aber es fehlte jegliche Regelung, jegliche Tradition, wie diese Macht zu teilen sei.

Das ging solange gut, wie das gemeinsame Interesse sich gegen Sowjetpräsident Michail Gorbatschow richtete. Die Sowjetunion war zwar schon moribund aber noch nicht tot, als das Parlament Präsident Jelzin im November 1991 zusätzlich zum Regierungschef machte und, wenn auch auf ein Jahr limitiert, mit nahezu diktatorischen Vollmachten ausstattete. Jelzin bestimmte Jegor Gajdar zum Vizepremier und der begann sofort mit unaufschiebbar notwendigen Wirtschaftsreformen. Diese (liberalen) Wirtschaftsreformen trafen schnell auf erbitterten Widerstand einer Mehrheit des Parlaments.

Dabei ging es nicht nur um die »richtige« Politik. Es ging auch darum, wer die Verfügungsgewalt über die riesige sowjetische Konkursmasse erhält. Dieser Anfangskonflikt führte zudem dazu, dass sich um Jelzin vor allem Wirtschaftsliberale und »Demokraten« (also Leute, denen für Russland ein bis heute »westlich« genannter Weg vorschwebte) scharten, während sich im Parlament Kommunisten und russische Nationalisten, kurz, die »Antiwestler« sammelten (man möge mir die grobe Verkürzung hier verzeihen). Dieses Schema bestimmte die Auseinandersetzungen bis zum Oktober 1993 (und bestimmt die russische Innenpolitik in vielerlei Hinsicht bis heute).

Nur ganz kurz, was geschah: Im Dezember 1992 musste Jelzin auf Druck des Parlaments den Radikalreformer Gajdar gegen den aus dem sowjetischen Gassektor, also der alten Nomenklatura stammenden Wiktor Tschernomyrdin austauschen. Im März 1993 versuchte das Parlament vergeblich, Jelzin seines Amtes zu entheben. Im April konterte Jelzin mit einem Referendum,

in dem er dem Volk direkt die Vertrauensfrage stellte und gewann. Doch das Grundproblem, wer denn nun im Staate Russland in welchen Dingen das Sagen hat, wurde nicht geklärt. Beide, Präsident und Parlament forderten die *ganze* Macht. Alle Versuche Jelzins, eine neue Verfassung zu schaffen und seine Position als Präsident zu stärken, wurden also vom Parlament abgewehrt.

Am 21. September versuchte Jelzin diesen gordischen Knoten zu zerschlagen und unterschrieb den Ukas Nr. 1400, mit dem er eine »schrittweise Verfassungsreform« einleiten wollte, das Parlament auflöste und Neuwahlen für Dezember ansetzte. Schon am nächsten Tag erklärte das Verfassungsgericht den Ukas für verfassungswidrig. Die Parlamentarier verschanzten sich im Weißen Haus.

In den darauf folgenden zwei Wochen wurde durchaus intensiv verhandelt. Eine Gruppe von Politikern, darunter Grigorij Jawlinskij, der bekannte Journalist Jegor Jakowlew und der Präsident des Verfassungsgerichts Walerij Sorkin, schlug eine sogenannte »Null-Variante« vor. Danach sollte Jelzin den Ukas Nr. 1400 zurück nehmen, während das Parlament den im Dezember gemeinsam zu organisierenden Parlamentswahlen zustimmt. Die Verhandlungen kulminierten in Treffen im Danilow-Kloster unter Vermittlung des orthodoxen Patriarchen Alexij II. Doch weder Parlament noch Jelzin waren zu Kompromissen bereit (oder in er Lage), obwohl heute klar ist, dass weder die eine, noch die andere Seite ihres (militärischen) Sieges gewiss war.

Zu fest scheint in den Köpfen auch die Überzeugung gesessen zu haben, dass kein Kompromiss möglich sei, dass eine Seite gewinnen müsse, dass Politik im Grunde ein Nullsummenspiel sei. Eine Überzeugung, die heute noch vieles in der russischen Politik (und den Umgang mit Russland auf internationaler Ebene) erschwert.

Dann kam der 3. Oktober mit dem Sturm des Bürgermeistersamts am Nachmittag. Die Sondereinsatztruppen des Innenministeriums zogen sich zurück und ließen einige gepanzerte Truppentransporter und einen Minenwerfer zurück. Abends versuchten die von General Albert Makaschow (einem extremen Nationalisten, der schon die Putschisten gegen Gorbatschow im August 1991 unterstützt hatte) angeführten »Parlamentstruppen« das Fernsehzentrum in Ostankino einzunehmen. Es gab, auf beiden Seiten, die ersten Toten, allerdings weit mehr auf Parlamentsseite, denn auf der Seite des Präsidenten. Dieses Ungleichgewicht sollte so bleiben.

Am 3. Oktober erklärte Jelzin den Ausnahmezustand und Panzer rollten in Richtung Innenstadt. Zwar war Verteidigungsminister Pawel Gratschow anfangs nicht bereit, die Armee einzusetzen. Erst als sich am 3. Oktober die Polizei nach dem Sturm des Bürgermeistersamts zurückzog, gab er den Befehl einzugreifen. Selbst dann weigerten sich viele Kommandeure, auf das Parla-

ment zu schießen und es kostete die Jelzin-Leute (Jelzin selbst verließ den Kreml, in dem zwei Hubschrauber zur Evakuierung bereit standen, nicht) viel Überzeugungskraft, wenigsten einige Panzerbesatzungen zum Einsatz ihrer Waffen zu bewegen. Da die Parlamentsseite bis auf den erbeuteten Granatwerfer nur mit leichten Waffen ausgerüstet war, und keine schwerer bewaffneten Armee- oder Innenministeriumseinheiten auf ihre Seite ziehen konnte, wurde das Weiße Haus am 4. Oktober schnell sturmreif geschossen. Gegenpräsident Alexander Ruzkoj, der Parlamentsvorsitzende Ruslan Chasbulatow und ihre Genossen gaben auf.

Bis heute gibt es heftigen Streit darüber, wie viele Menschen in diesem Bürgerkrieg getötet wurden. Offiziell waren es 123 Tote und 389 Verletzte. In oppositionellen Publikationen werden Zahlen von bis zu 1.000 Toten genannt. Es herrscht auch keine Einigkeit, wer mit dem Schießen angefangen hat. (Fast) Jede Diskussion über den blutigen Herbst 1993 endet in gegenseitigen Beschuldigungen und teilt das Land in mindestens zwei Lager. Ich muss zugeben (und kann das auch über die meisten meiner politischen Freunde sagen), damals froh gewesen zu sein, das Jelzin den Sieg davon getragen hat, denn die Parlamentsseite war eine größtenteils doch sehr obskure Ansammlung (um es vorsichtig auszudrücken). Auch heute noch kann ich mir die Folgen ihres Siegs nur in sehr düsteren Farben ausmalen.

Aber die Folgen von Jelzins damaligem Sieg wirken bis heute nach. Die im Dezember 1993 in einem umstrittenen Referendum angenommene und seither im Wesentlichen unverändert geltende Verfassung gibt dem Präsidenten fast alle Macht. Er kann sich, wie Jelzin immer wieder gezeigt hat, im Zweifel durch Ukase auch gegen ein oppositionelles Parlament durchsetzen. Zudem ist er Oberkommandierender, bestimmt über den Polizei- und Sicherheitsapparat und, seit Putin, auch die Gerichte. Zwar kann das Parlament den Präsidenten theoretisch absetzen, praktisch sind die Hürden dazu aber unüberwindbar.

Wichtiger dürfte noch etwas anderes sein. Der Bürgerkrieg im Herbst 1993 hat die alte, bis ins 19. Jahrhundert zurück gehende Spaltung des Landes in »Westler« und »Antiwestler« erneuert und verstärkt. Vor allem aber hat er die Hoffnung der Perestrojka und ersten Postperestrojkezeit auf eine demokratische Wende enttäuscht. Diese Hoffnung mag alles in allem etwas Überschießendes und Naives gehabt haben. Aber wo war das in vergleichbaren Situationen nicht der Fall. Mehr noch: Gerade auf den ersten Blick unrealistisch erscheinende Hoffnung ist im Zweifel mitunter in der Lage, Gesellschaften über ja meist schwierige und krisenhafte Umbruchphasen hinweg zu helfen. Das alles war nach dem Herbst 1993 vorbei und ist (erneut) einem alles zuschüttenden Zynismus von Herrschenden und Beherrschten gewichen.

Damit war aber auch die Chance vertan, neue und legitime Institutionen zu etablieren, denen ausreichend viele Menschen im Land vertrauen. Institutionen zudem, die »inklusive« anstelle von »extraktiv« sind (damit beziehe ich mich ausdrücklich auch auf die Untersuchungen von Daron Acemoglu und James A. Robinson zum »Scheitern« von Nationen). Außerdem wurde die Chance vertan, einen anderem Umgang miteinander (ein-)zuüben, als die jeweilige Vernichtung oder völlige Unterwerfung des politischen Gegners.

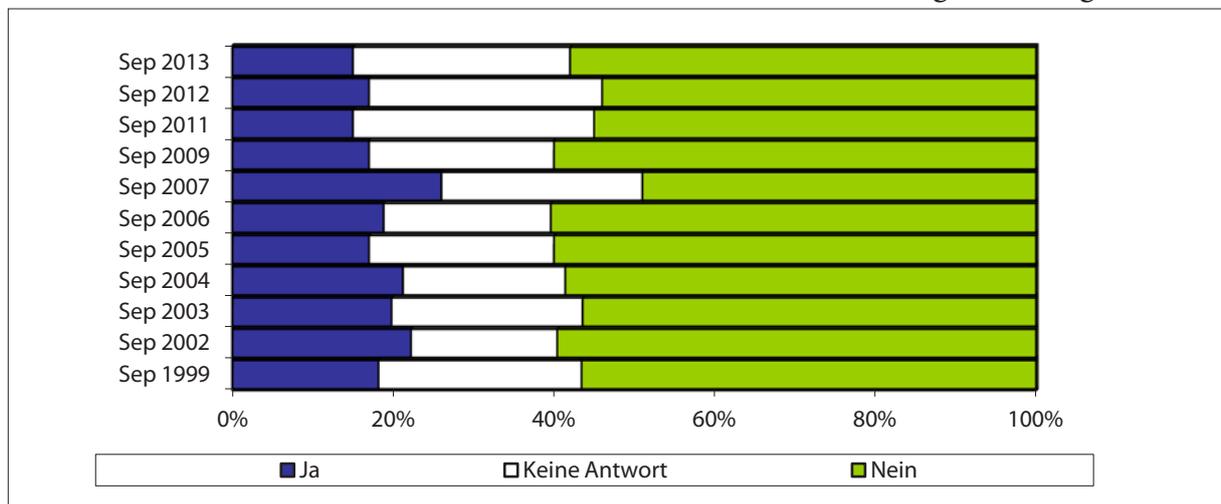
So gesehen war Jelzins Sieg im Herbst 1993 also ein Pyrrhussieg. Heute, 20 Jahre danach, gewinnen ähnli-

che obskurante Figuren und Ansichten erneut die Oberhand, wie sie bei vielen Jelzingegegnern vor 20 Jahren zu finden waren. Das sind zwar nicht mehr die gleichen Leute, aber es sind ihre Werte: ein überbordender, fremdenfeindlicher Nationalismus und ein patriarchalisches autoritäres Gesellschaftsbild.

Wann die nächste Weggabelung in der russischen Geschichte kommt, weiß niemand. Vielleicht kündigt sie sich gerade an. Ich hoffe, sie wird besser genutzt.

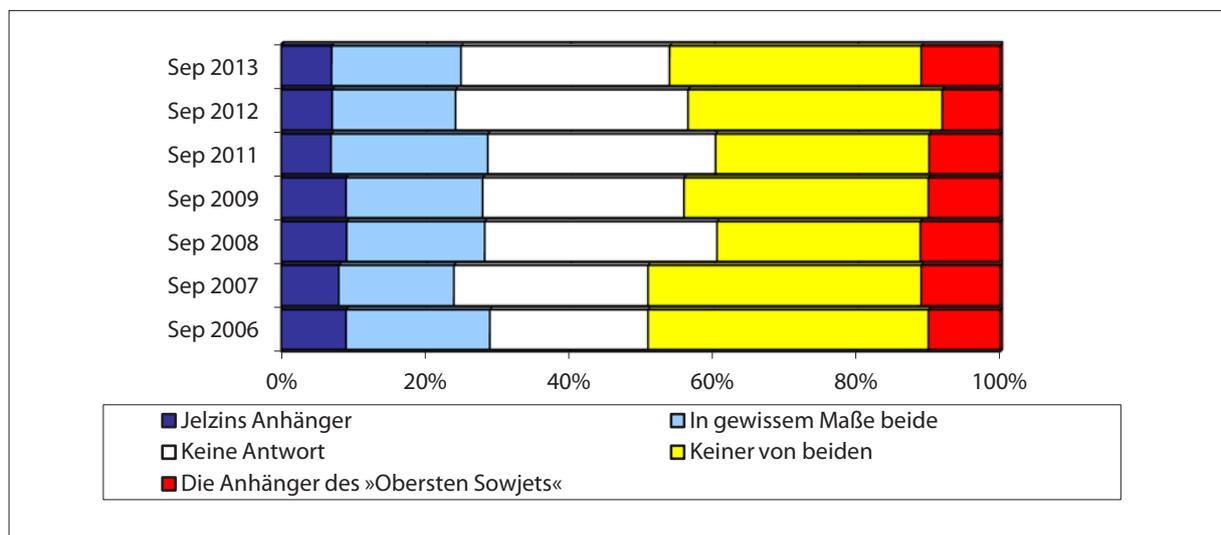
Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

Grafik 13: War der Einsatz militärischer Gewalt am 3./4. Oktober 1993 gerechtfertigt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. September 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 1. Oktober 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/01-10-2013/oktyabrskie-sobytiya-1993-goda-v-pamyati-rossiyan>

Grafik 14: Wer hatte am 3./4. Oktober 1993 recht?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. September 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 1. Oktober 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/01-10-2013/oktyabrskie-sobytiya-1993-goda-v-pamyati-rossiyan>

Vom 26. September bis zum 10. Oktober 2013

26.09.2013	Ein Bezirksgericht in Murmansk setzt die Untersuchungshaft für 22 Greenpeace-Aktivisten, die an der Protestaktion an der Gazprom-Ölbohrplattform »Priraslornaja« teilgenommen hatten, auf zwei Monate fest. Für acht weitere Beteiligte wird die Untersuchungshaft auf drei Tage begrenzt.
26.09.2013	Michail Chodorkowskij, Ex-Vorsitzender des zerschlagenen Ölkonzerns Jukos, wird mit dem Lech Wałęsa-Preis für seinen Mut, den Kampf für Gerechtigkeit und Menschenwürde ausgezeichnet.
26.09.2013	Präsident Wladimir Putin und sein belorussischer Amtskollege Alexander Lukaschenka besuchen die Truppen, die an der Militärübung »Sapad-2013« teilnehmen. An der Übung sind ca. 10.000 Soldaten beider Staaten beteiligt.
27.09.2013	Sicherheitskräfte töten in Derbent (Dagestan) fünf Aufständische, darunter den lokalen Anführer.
27.09.2013	Die »Pussy Riot«-Aktivistin Nadeshda Tolokonnikowa, die am 23.09.2013 aus Protest gegen die Haftbedingungen in den Hungerstreik getreten war, wird in die Krankenstation verlegt.
28.09.2013	Bei einem Überfall auf eine Polizeistreife in Machatschkala (Dagestan) durch mutmaßliche Untergrundkämpfer werden zwei Polizisten getötet und zwei weitere schwer verletzt.
29.09.2013	Ein Bezirksgericht von Murmansk verlängert die Untersuchungshaft für acht Greenpeace-Aktivisten bis Ende November. Somit sind alle 30 Aktivisten vorerst für zwei Monate in Murmansk inhaftiert.
30.09.2013	Sicherheitskräfte töten im Rayon Baksan (Kabardino-Balkarien) zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer.
30.09.2013	Eine Trägerrakete des Typs »Proton-M« startet erfolgreich vom Kosmodrom Bajkonur mit dem europäischen Telekommunikationssatelliten »Astra 2E« an Bord. Das ist der erste erfolgreiche Start dieses Raketentyps nach einem Fehlstart am 2.07.2013.
30.09.2013	Das Justizministerium untersagt der regionalen gesellschaftlichen Organisation »Golos« für drei Monate die Tätigkeit. Diese war als unregistrierte Organisation tätig, um sich nicht im Register für ausländische Agenten registrieren lassen zu müssen. Ihre Vorgängerin, die Wahlrechtsvereinigung »Golos« hatte sich aufgelöst, nachdem das Justizministerium sie für sechs Monate suspendiert hatte, um sie zu einer Registrierung als »ausländischer Agent« als zwingen.
01.10.2013	Das Unterhaus des tadschikischen Parlaments ratifiziert eine Vereinbarung zwischen den Präsidenten Wladimir Putin und Emomali Rahmon über die Beibehaltung der russischen Militärbasis im Land bis 2042.
01.10.2013	Die »Pussy-Riot«-Aktivistin Nadeshda Tolokonnikowa beendet ihren Hungerstreik, nachdem der Föderale Dienst für den Strafvollzug einer Verlegung in eine andere Haftanstalt zugestimmt hat. Zuvor hatte sich der Menschenrechtsrat beim Präsidenten eingeschaltet.
01.10.2013	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet mehrere Erlasse, wonach die monatlichen Gehaltszuschläge für Inhaber einer Reihe von Ämtern rückwirkend zum 1.09.2013 sowie zum 1.09.2014 erhöht werden. Besonders hoch sind die Zuwendungen für die Vorsitzenden der Sicherheitsagenturen, der Vorsitzende des Strafverfolgungskomitees sowie der Generalstaatsanwalt.
02.10.2013	Ein Moskauer Bezirksgericht verlängert den Hausarrest gegen den Vorsitzenden der »Linken Front« Sergej Udaltow bis zum 6.02.2014. Zwei weiteren Angeklagten im »Bolotnaja-Fall« wird die Untersuchungshaft ebenfalls bis Februar verlängert.
02.10.2013	Bei Schusswechseln zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern im Rayon Lewaschinsk (Dagestan) werden drei Zivilisten, drei Polizisten und vier Aufständische getötet. Vier Polizisten und freiwillige Milizhelfer werden verletzt.
03.10.2013	Der Föderale Migrationsdienst (FMS) teilt mit, dass in den vergangenen neun Monaten ca. 30.000 ausländische Staatsbürger aus Russland ausgewiesen und rund zwei Millionen Verstöße gegen die Migrationsgesetzgebung aufgedeckt worden seien.
03.10.2013	Das russische Strafverfolgungskomitee erhebt gegen alle 30 Greenpeace-Aktivisten, die bei der Protestaktion gegen die Ölförderung in der Arktis am 18.09.2013 beteiligt waren, Anklage wegen organisierter Piraterie.
05.10.2013	Präsident Wladimir Putin kommt mit den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats zusammen. Unter anderem wird vor dem Hintergrund der Haushaltsplanungen die Finanzierung der Sicherheitsbehörden und des Verteidigungsministeriums besprochen.
06.10.2013	Präsident Wladimir Putin empfängt auf dem Roten Platz in Moskau die Olympische Flamme für die XXII. Winterolympiade in Sotschi. Diese wurde am Vortag in Athen feierlich dem Organisationskomitee »Sotschi 2014« übergeben und wird ab dem Folgetag 123 Tage lang bis zum Start der Spiele am 7.02.2013 durch Russland getragen.

07.10.2013	Gennadij Onischtschenko, Vorsitzender des russischen Dienstes für den Verbraucherschutz, gibt den vollständigen Einfuhrstopp von Milchprodukten aus Litauen nach Russland bekannt. Als Grund werden Qualitätsbedenken genannt. Im Verlauf des Tages wird auch die Einfuhr von Fisch- und Fleischprodukten aus Litauen verschärft.
07.10.2013	Präsident Wladimir Putin trifft zum APEC-Gipfel auf der indonesischen Insel Bali ein. Am Rande finden Gespräche mit seinem indonesischen Amtskollegen Susilo Bambang und dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping statt. Mit dem japanischen Premierminister Shinzo Abe bespricht Putin einen möglichen Friedensvertrag.
07.10.2013	Präsident Wladimir Putin legt der Duma einen Gesetzesentwurf vor, dem zufolge der Oberste Gerichtshof und das Oberste Wirtschaftsgericht (Arbitrage-Gericht) zusammengelegt werden sollen.
07.10.2013	Die »Nowaja Gaseta« enthüllt in ihrem Moskauer Büro eine Gedenktafel zum siebten Todestag der Journalistin Anna Politkowskaja.
08.10.2013	Das russische Außenministerium bestellt den niederländischen Botschafter in Moskau ein und protestiert gegen die Verletzung des Wiener Abkommens zum Schutz der Diplomaten. Am Wochenende war in Den Haag der russische Gesandte Dmitrij Borodin festgenommen und möglicherweise mißhandelt worden, nachdem Nachbarn berichtet hatten, im Hause des Diplomaten seien Kinder geschlagen worden.
09.10.2013	Der niederländische Außenminister Frans Timmermans entschuldigt sich bei der russischen Regierung offiziell für die Verhaftung des russischen Diplomaten.
09.10.2013	Unbekannte töten bei einem Überfall in Machatschkala (Dagestan) zwei Verkehrspolizisten.
09.10.2013	Präsident Wladimir Putin trifft mit Dmitrij Rogosin, dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Beauftragten für den Militär-Industriellen Komplex zusammen. Putin stimmt dem Vorschlag zu, die Föderale Agentur »Roskosmos« aufzugliedern und einen »Vereinigten Raumfahrtkonzern« (ORKK) zu gründen.
10.10.2013	Der Föderale Dienst für den Strafvollzug (FSIN) verweigert Ermittlern des Strafvollzugskomitees den Zugang zur Strafgefangenen Nadeshda Tolokonnikowa mit der Begründung, ihr gesundheitlicher Zustand würde das Treffen nicht zulassen. Seit dem 26.9.2013 war auch den Verteidigern der Kontakt zu ihrer Klientin verweigert worden.
10.10.2013	Präsident Wladimir Putin entlässt den Stellvertretenden Verteidigungsminister Generaloberst Oleg Ostapenko und entfernt ihn aus dem Militärdienst; Ostapenko, der bis 2011 der Oberbefehlshaber der Weltraumstreitkräfte war, wird anstelle von Wladimir Popowkin Leiter der Föderalen Agentur »Roskosmos«.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de